

SPRACHRÖHR



ZEITUNG FÜR MEDIEN, KUNST UND KULTUR, DRUCK UND PAPIER, 12. JAHRGANG NR. 05
INDUSTRIELLE DIENSTLEISTUNGEN UND PRODUKTION BERLIN - BRANDENBURG 21. OKTOBER 2002



ORB/SFB-FUSIONSVERTRAG MUSS NACHGEBESSERT WERDEN

Das Landesparlament in Potsdam hat den Staatsvertrag zur Fusion von SFB und ORB bereits abgenickt. Die Regierungsparteien sehen ihn als „guten Kompromiss“. Das Berliner Abgeordnetenhaus muss noch entscheiden. Doch der Widerstand gegen den Abbau von Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechten bei der Gründung des „Rundfunks Berlin-Brandenburg“ (RBB) formiert sich in beiden Ländern auch kurz vor und nach Toresschluss.

Eine „schicke Anstalt“, eine „starke Stimme des Ostens“ soll der RBB nach den Worten seiner Gründungsväter werden. Doch die Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Berlin und Brandenburg wird nicht allseits bejubelt. Die Opposition im Potsdamer Landtag stimmte gegen den Vertragstext. Seit Monaten protestieren Beschäftigte, Personalräte, Gewerkschaften und fachkundige, auch sehr prominente Kritiker gegen Regelungen im Staatsvertrag, die den Abbau von Mitbestimmungsrechten bewirken. Der ver.di-Gewerkschaftsrat appellierte Ende September mit einer Resolution an die Berliner und Brandenburger Abgeordneten, bei der Senderfusion „in letzter Minute“ den Abbau demokratischer Standards zu verhindern und die innere

Rundfunkfreiheit zu sichern. Vor der ersten Lesung des Staatsvertrags im Berliner Abgeordnetenhaus hatten SFB-Personalrat und Redakteurausschuss Protestschreiben an die Abgeordneten verteilt.

20 000 UNTERSCHRIFTEN
WERDEN GEBRAUCHT

Die dringend geforderten Minimalkorrekturen am Vertrag betreffen zwei Punkte: Durch eine Streichung in § 34 soll erreicht werden, dass für den RBB das progressivere Berliner Personalvertretungsgesetz gilt, statt – wie jetzt festgeschrieben – das des Bundes. Bewährte Mitbestimmungsrechte nach Berliner Landesrecht würden dann beibehal-

ten. Eine Einfügung in § 33 soll außerdem sicherstellen, dass der/die Intendant/in das Redakteursstatut zumindest „im Einvernehmen mit der Redakteursversammlung“ aufstellt. „Wir haben in den letzten Monaten viele kritische Anmerkungen zum Fusionsvertrag vorgetragen, von der Zweidrittel-Mehrheit zur Intendantenwahl über die Machtfülle des Verwaltungsrates bis hin zur halberhitzigen Frauenquote und der Zusammensetzung des Rundfunkrates. Da die parlamentarischen Abläufe so weit fortgeschritten sind, konzentrieren wir uns auf die dringlichsten und aus unserer Sicht noch realisierbaren Korrekturen, die eine massive Verschlechterung von Mitbestimmungsrechten verhindern“, erläuterte SFB-Personalratsvorsitzende Hanne Daum.

AUS DEM INHALT

- SEITE 3**
Sparen bei der „Lausitzer Rundschau“
- SEITE 5**
Kein Happyend für Babelsberg?
- SEITE 7**
Zeitungskrise und Qualität
- SEITEN 8/9**
Neue Fachgruppenvorstände
- SEITEN 10 BIS 14**
Wir über uns

Wie das Berliner Abgeordnetenhaus Ende Oktober nach der Steilvorlage aus Potsdam entscheiden wird, bleibt dennoch abzuwarten.

Initiatoren aus der brandenburgischen Kommunalpolitik, aus Kultureinrichtungen sowie vom ORB haben Anfang September eine Volksinitiative gegen den Staatsvertrag gegründet. Sie forderten die Landtagsabgeordneten auf, die vorliegende Fassung abzulehnen. Vergeblich. Neben der Kritik an Mitbestimmungsdefiziten – „ein starker Intendant steht einem schwachen Personalrat gegenüber“ – werden zusätzlich Bestandsgarantien für Regionalstudios und den Medienstandort Potsdam-Babelsberg verlangt. Die Initiative arbeitet auch nach dem Landtagsbeschluss vom 9. Oktober weiter. Innerhalb eines Jahres muss sie 20 000 Unterschriften vorlegen, damit sich das Parlament erneut mit der Sache beschäftigt. Und Verträge könne man auch wieder kündigen, hoffen die Initiatoren... **H. N.**

ACHTUNG

Der brandenburgischen Initiative gegen den Staatsvertrag in seiner vorliegenden Fassung können sich – gemäß Artikel 76 der Landesverfassung – volljährige Bürger mit erstem Wohnsitz im Land Brandenburg anschließen. Unterschriftenlisten sind über den ver.di-Fachbereich, Tel. 030/86 31 24 11, erhältlich.

Vorwärts und nicht vergessen...Solidarität? Solidarität! Die Bundestagswahlen sind gelaufen. Die ver.di-Kampagne: „Tariftreue, Steuergerechtigkeit, Chancengleichheit, Gesundheit zählt“, verbunden mit dem Aufruf „Wählt!“, hat zur hauchdünnen Mehrheit der Regierungskoalition beigetragen – wenngleich viele mit dem schon bekannten Zähneknirschen ihre Kreuzchen gemacht haben dürften. Anlässlich des DGB-Kongresses im Frühjahr hat unser Kanzler den hohen Wert der Tarifautonomie und der Mitbestimmung (sic! Senderfusion!) gepriesen. Das wollen GewerkschafterInnen hören. Aber sie wollen auch Taten sehen. Und da wird in Berlin „verkehrte Welt“ gespielt. Das Wort, der Wert Solidarität hat einen eigenartigen Beigeschmack bekommen, seit in Berlin ständig von einem „Solidaripakt“ geredet wird. Solidarität, so ein relativ unverdächtiges Nachschlagewerk, „bezeichnet eine Haltung, die auf der Erkenntnis gemeinsamer Interessen, Ziele usw. angesichts einer als verbesserungswürdig empfundenen Situation gründet und von der Einsicht getragen wird, dass ein Einzelner oder eine kleinere Gruppe Betroffener zu schwach wäre, diesen Zielen näher zu kommen und die zu gemeinsamem Handeln führen kann.“ Logische Konsequenz: Gewerkschaftseintritt, für Sprachrohrleser/innen eine Binsenweisheit. „Daneben wird unter Solidarität auch das Gefühl der Ver-

pflichtung verstanden, andere, deren Lage man nicht unmittelbar teilt, deren Ziele man jedoch als wertvoll und legitim sowie gleichzeitig bedroht ansieht, zu unterstützen.“ Aha. Mit großer Selbstverständlichkeit präsentierte kürzlich der Berliner Senat den Gewerkschaften einen Strauß von

petenz für einen bundesweit geltenden Tarifvertrag haben, wird schlichtweg abgetan. Träger der freien Wohlfahrtspflege, ebenfalls von Kürzungen und drohendem Arbeitsplatzabbau betroffen, kritisieren die vermeintliche „Blockadehaltung“ und bezichtigen die öffentlich Beschäftigten

Wir sind in Berlin, der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, der – obwohl gebeutelt von teilungs- und vereinigungsbedingten Erblasten – die Bundeshilfe von 14,5 Mrd. DM noch 1991 innerhalb von 4 Jahren auf Null gekürzt wurde. Seiner provisorischen Hauptstadt Bonn hat der Bund übrigens gut ein Zehntel des Verwaltungshaushaltes finanziert – für Berlin wären das 2 Mrd. Euro pro Jahr –, aber das hat der Senat niemals eingefordert. Offensichtlich liegt es näher, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die man seit Jahren durch ein dilettantisch vorbereitetes sogenanntes Reformvorhaben nach dem anderen gejagt hat, weiterhin mit dem Rotstift zu verfolgen. „Berlin ist pleite – ich bin schuld“, das T-Shirt wurde zum Renner der Saison. Statt die wahrhaft Verantwortlichen zu verfolgen, die selbsternannten „Arbeiterführer“ zum Beispiel, die mitwirkten an zweifelhaften Garantieerklärungen für abenteuerliche Immobilienfonds, statt Initiativen zu ergreifen, mit denen Berlin seine Einnahmen in Ordnung bringen kann, und die Vermögenden in der Stadt zur Mithilfe an der Konsolidierung heranzuziehen, sollen die abhängig Beschäftigten, die „Freien“ und die Erwerbslosen gegeneinander aufgebracht werden.

Zeit, dass wir – die Reihen geschlossen – deutlich machen: Wir wissen, was Solidarität wirklich bedeutet!

AUF EIN WORT

SOLIDARPAKT – WO SIND WIR EIGENTLICH?



Fotos: transktiv, Polentz

SUSANNE STUMPENHUSEN,
VER.DI-LANDESBEZIRKSLEITERIN BERLIN-BRANDENBURG

Forderungen für den Landesdienst, der zur Konsolidierung des heruntergewirtschafteten Haushaltes beitragen soll: 500 Mio. Euro pro Jahr sollen der Verzicht auf Tarifsteigerungen, auf Urlaubsgeld und auf die Hälfte der Weihnachtsspendung in die gähnend leeren Kassen bringen. Dafür soll verkürzt gearbeitet werden. Unser deutlicher Hinweis, dass weder die Landesregierung noch die Landesverbände der Berliner Gewerkschaften die Regelungskom-

als Verursacher ihrer Notsituation. Besser verdienende Selbständige – die Parteizugehörigkeit lässt sich unschwer erraten – fordern die Solidarität der abhängig Beschäftigten und geißeln den Verzicht auf Kündigungen – nur der Fraktionsvorsitzende der CDU tritt nahtlos in die Fußstapfen seines Vorgängers und versucht – vergeblich – die goldene ver.di-Ehrendnadel für gewerkschaftliches Basiswissen zu ergattern. Wo sind wir hier eigentlich?

BUCHTIPP

OFFEN UND EHRLICH

POTSDAM 2001

Im vergangenen Jahr ist ein außergewöhnlicher Lebensbericht erschienen. Im Gegensatz zu manch biographischer Schönfärberei ist er von seltener Offenheit und radikaler Ehrlichkeit. Dem Leser bietet er den Rückblick auf einen widerspruchreichen Weg durch acht Jahrzehnte persönlicher und zugleich deutscher Geschichte. Der Name des Autors dürfte wachen Zeitgenossen in diesem oder jenem Zusammenhang bekannt geworden sein. Gustav Just war Parteifunktionär im Kulturbereich, Generalsekretär des DDR-Schriftstellerverban-

des, leitender Redakteur der Wochenzeitung „Sonntag“, Mitangeklagter im Prozess gegen Walter Janka und die sogenannte Harich-Gruppe, wurde gleichfalls mit einer hohen Zuchthausstrafe belegt, war danach literarischer Übersetzer aus dem Tschechischen, in jüngster Vergangenheit Abgeordneter der brandenburgischen SPD und Alterspräsident des Landtags. Wegen einstiger Beteiligung an Strafaktionen der Wehrmacht geriet er in die Schlagzeilen der Boulevardpresse.

Mitte Juni 1921 wurde er nahe Gablonz in einem deutschen Dorf geboren. Sein Vater, ein Maschinist, gehörte zu den Mitbegründern der Tschechischen Kommunistischen Partei. Er wollte seinem Sohn den höheren Bildungsweg ermöglichen, ihm zugleich aber

den Freiraum lassen, selbst zu einem wahrhaftigen Bild der herrschenden Kräfte in der Welt zu kommen.

Der begabte Schüler wuchs hinein in Spannungsfelder zwischen erhofftem Sozialismus und erstarkendem Nationalismus, einem sich immer rigider äussernden Sudentendentschum einerseits und dem Souveränitätsanspruch des tschechoslowakischen Staates andererseits. Ihn zog die Bündische Jugend an, sie lockte ihn durch ihr soldatisches Erscheinungsbild. Er wollte kein braver Stubenhocker sein, wie viele wünschte er sich, im Gegensatz zu seinem Vater, in ein Großdeutschland eingegliedert zu werden, und fand sich bald in den Uniformen der Hitlerjugend, des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrmacht. Aus dem Abiturien-

ten wurde nach Frontbewährung ein Leutnant. Das Nachdenken begann erst, als der Schwerverwundete wieder in Gablonz und endlich bereit war, vom Vater und seinen Genossen die Wahrheit über die Schuld des deutschen Nationalsozialismus zu erfahren.

Der Verlust der alten Heimat, das Finden einer neuen, der Wechsel von alter Gläubigkeit zu einem sozialistischen Bewußtsein und endlich zum Vertrauen in parlamentarische Demokratie sowie die unvermeidlichen Ernüchterungen sind ungeschminkt beschrieben.

Ein in sich spannendes, klärendes, also lesenswertes Buch.

Hans Müncheberg

Gustav Just: „Deutsch, Jahrgang 1921“; Verlag für Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam, 2001; ISBN 3-935035-23-3, -25,- Euro

Auf Spartrip in Cottbus

In der „Lausitzer Rundschau“ fürchten Mitarbeiter um ihre Jobs

Jede Menge Sorgen gibt es im Cottbuser Medienhaus der Lausitzer Rundschau und in den Außenstellen. Das Unternehmen kränkelt, die Abzahlen sind rückläufig, die Anzeigenumsätze sinken. Was tun dann Unternehmer? Sie sparen. Und den deutlichsten Effekt bringen Einsparungen beim Personal.

In der „Lausitzer Rundschau“ (LR) hat die Belegschaft schon im Jahr 2000 mittels Haustarifvertrag auf Entgeltbestandteile verzichtet. Gleichzeitig wurde eine Beschäftigungssicherung festgeschrieben, die die Kolleginnen und Kollegen des Verlages bis zum 31. Oktober 2003 vor betriebsbedingten Kündigungen schützt.

Per 31. Juni wurde der Anzeigensatz im Verlag eingestellt. Arbeitsplätze und Mitarbeiter sollten in eine neue Firma, die Medien-Service Cottbus GmbH, übergehen. Die Geschäftsführung begründete den Schritt mit den „hohen Tarifegehalten im Verlag“, die die Anzeigenproduktion zu teuer machten. Schöne Aussichten für die Betroffenen: Absturz der Gehälter nach Ablauf der gesetzlichen bzw. durch Haustarif gesetzten Frist, vielleicht sogar das Ende der neuen Firma, wenn die Lausitzer Rundschau einen noch kostengünstigeren Anbieter fände...

Die meisten Beschäftigten im Anzeigensatz arbeiten seit ihrer Lehrzeit bei der Lausitzer Rundschau, haben die Abteilung nach der Wende aufgebaut, und – als Anzeigen spärlicher eingingen – auf Entgeltbestandteile verzich-



Fotos: transitiv.Polentz, Montage: bleifrei/Sikora

Leserkontakte bald nur noch über Call-Center?

tet. Für sie ist die LR Heimat, Identität. 19 von 21 Mitarbeitern haben Nein gesagt zur neuen Firma MSC. Zwei Kolleginnen mit gesundheitlichen Behinderungen

Ein klares Nein
zur neuen Firma

erhielten andere Jobs im Verlag. Die anderen 17 wurden zunächst von der Arbeit freigestellt und erhielten dann betriebsbedingte Kün-

digungen, obwohl die der Haustarif eigentlich ausschließt.

Vor dem Cottbuser Arbeitsgericht sind inzwischen alle 19 Kündigungsschutzklagen verhandelt worden. Der Glaube des Arbeitgebers, ein leichtes Spiel zu haben, ist zerstoßen. Die Richter räumten den Klagenden gute Chancen ein, wenn die ungerechtfertigten Kündigungen nun noch von der Kammer entschieden werden. Der Anzeigensatz sollte für die LR billiger werden. So haben sich die Kosten wahrscheinlich

auf das Doppelte erhöht...

Im Frühling haben sich die Gewerkschaften um einen Rationalisierungsschutzvertrag für den Verlag der Lausitzer Rundschau bemüht. Sie wollten die Sicherung eines vernünftigen sozialen Standards durchsetzen, die Arbeitgeberseite unterließ mit ihrem Angebot jedes bei der LR bisher übliche Niveau. Die Gespräche wurden ergebnislos abgebrochen. Das Unternehmen hat sich nun einem anderen Sparobjekt zugewandt: den Geschäftsstellen. „Der Kunde ist König“ – unter diesem Motto wurden die Zentren, die Lesern und Kunden von der Anzeigenannahme über Ticket- und

Wilde Gerüchte
um die Zukunft

Buchverkauf umfassenden Service bieten, Anfang der 90er Jahre aufgebaut. In den kommenden Jahren sollen diese Service-Center zum großen Teil dicht gemacht werden. Die betroffenen Sachbearbeiterinnen sind bis November 2003 durch Haustarifvertrag geschützt. Was danach kommt liegt im Nebel. Ob die Kunden- und Leserkontakte dann tatsächlich alle vom Call-Center abgefangen werden können, darf bezweifelt werden.

Um die Zukunft der „Lausitzer Rundschau“ insgesamt ranken sich wilde Gerüchte. Seit längerem ist von einer „Mantelkooperation“ die Rede, durch die Stellen in der Redaktion eingespart werden könnten. Man spricht auch von einer Schließung der Druckerei in Cottbus. Hier stünden 60 Arbeitsplätze zur Disposition. Wie heißt es doch so treffend: An jedem Gerücht ist ein Körnchen Wahrheit.

Waltraud Gerisch

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. **Gründung** aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), **Gemeinschaftsgründungen**;
- bei der **Fördermittelbeantragung**, incl. fachlicher Stellungnahme;
- der **Überprüfung** Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. **Rahmenbedingungen**;
- bei der **KSK-Antragstellung** und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das **Presseversorgungsmerk**



MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 · 10439 Berlin
Tel.: 030 / 44 65 08 10
Fax: 030 / 44 65 08 11
e-mail: MKKConsult@aol.com
Internet: www.MKK-Consult.de

BERND HUBATSCHEK

Zeitweilige Einschnitte in Kauf nehmen

Konsolidierungspaket zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Bundesdruckerei

Die Arbeitsplätze der Beschäftigten der Bundesdruckerei sind auch nach dem Gesellschafterwechsel im August keinesfalls sicher. Die Geschäftsführung operiert mit einer dreistelligen Zahl betriebsbedingter Kündigungen. Es besteht die Gefahr, dass mit dieser sogenannten „Anpassung der Beschäftigtenzahlen“ bereits ab dem 1. April des kommenden Jahres begonnen werden soll.

Vorsorglich war zwischen ver.di und der Bundesdruckerei ein Konsolidierungspaket ausgehandelt worden, das vor allem auf den Erhalt der Arbeitsplätze

in dem vor fast zwei Jahren privatisierten Unternehmen abzielt. Eckpunkte sind ein Jahresarbeitszeitkonto, eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit um bis zu

Blockade aufgeben

zwei Stunden sowie mehr Flexibilität beim Personaleinsatz. Dafür hätte der Arbeitgeber Kündigungen bis 2005 ausgeschlossen. ver.di stehe zu den Verhandlungsergebnissen, obwohl „wir wissen, dass das Paket den Beschäftigten einiges abverlangt“.

Für den Erhalt von Arbeitsplätzen würden jedoch „vorübergehende Einschnitte“ in Kauf genommen, erklärte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Frank Werneke.

Die Arbeitgeberseite wird aufgefordert, ihre seit Wochen praktizierte Blockadehaltung gegen das Paket aufzugeben. Offenbar werde mit dem Kündigungsausschluss gehadert, so der Betriebsratsvorsitzende Detlef Bachler. In jedem Fall werde sich starker Widerstand in der Belegschaft formieren, wenn die Unternehmensspitze mit Kündigungen ernst machen will, so Bachler.

Nachdem der Bund seine hundertprozentige Tochter im Dezember 2000 an die authentos Gruppe verkauft hatte, stand die Holding im Sommer dieses Jahres

Insolvenz abgewendet

vor der Insolvenz. Mit dem Verkauf von Geschäftsanteilen der authentos GmbH an eine Berliner (94%) und an eine Heidelberger (4%) Vermögensverwaltung waren die Liquiditätsprobleme abgewendet worden. **wen**

Zwanzig sind mehr als gar nichts

„Bis zur Entscheidung des Kartellamtes passiert hier gar nichts“, wurde „Berliner-Kurier“-Chefredakteurin Methner in der taz als Abwieglerin zitiert. Heißen sollte das: Bevor die Kartellamts-Sachwalter keine Entscheidung zum geplanten Holzbrink-Kauf des Berliner Verlages getroffen haben, gelte in den Redaktionen ein Status quo. Tatsächlich erfolgten zeitgleich beim „Kurier“, speziell den Lokalredaktionen, bis zu 20 Entlassungen: zwölf Fotografen mit Pauschalvertrag, zwei festangestellte langjährige Redakteurinnen, zwei Sekretärin-

Klagen erfolgreich

nen... Dass nun aber die äußerste Grenze dessen erreicht sei, was der „Kurier“ an Personaleinsparungen vornehmen könne, wird neuerlich versichert. Und: dass auf die Verbleibenden mehr Arbeit zukomme. Letzteres kann als Fakt genommen werden. Zwar wurde etwa den Fotografen erklärt, dass man weiter mit ihnen auf freier Basis zusammenarbeiten wolle, innerbetrieblich ist aber von einer Verteilung der Aufgaben auf „interne Mitarbeiter“ die Rede. Wer da gemeint ist, bleibt im Dunkeln... Der Betriebsrat verweist darauf, dass alle Gefeuerten, die bislang gegen ihre Kündigung klagten, ihren

Prozess gewonnen haben. Auch die nun gekündigten Pauschalisten hätten gute Chancen vor dem Arbeitsgericht. Da sie „Scheinselbständige“ sind, käme das den Verlag wegen der Nachzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen dann sogar besonders teuer. Tatsächlich klagten einige Betroffene. Andere haben Aufhebungsverträgen mit Abfindungsregelungen unterschrieben. **red**

Firmentarif für Herlitz vereinbart

Der Berliner Papier- und Bürowarenhersteller Herlitz, der im April nach aufgelaufenen 300 Mio. Euro Schulden Insolvenz angemeldet hatte, erhält eine Chance zum Neustart. Die rund 2000 Gläubiger stimmten Mitte Juli dem Sanierungskonzept des Insolvenzverwalters zu. Banken, Lieferanten und Krankenkassen verzichteten auf Ansprüche in Millionenhöhe. Die meisten der 2700 Arbeitsplätze in Berlin und Brandenburg sollen erhalten bleiben. Doch auch die Belegschaft wird zusätzlich belastet. Mit dem Neuanfang ist ein Wechsel des Arbeitgeberverbandes aus dem Tarifbereich Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie in den Groß- und Außenhandel verbunden. Nicht unerhebliche tarifliche Einbußen wären die Folge. Nach zähen Verhandlungen wurde am 26. August zwischen ver.di und der Geschäftsleitung der

Herlitz PBS AG ein Firmentarifvertrag unterzeichnet, der sichert, dass die Regelungen der bisher geltenden Flächentarifverträge für Herlitz-Beschäftigte inhaltlich rückwirkend zum 1. Juni wieder in Kraft gesetzt werden. Dennoch haben die Beschäftigten aktuelle Verschlechterungen zu verkraften, die auf Basis des Insolvenzplanes als befristeter Sanierungsbeitrag zu werten sind. So tritt die 3,4 prozentige Lohn- und Gehaltssteigerung, die in der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie 2002 erstritten wurde, für Herlitz-Beschäftigte erst ab Januar 2003 in Kraft. Die wöchentliche Arbeitszeit wird ab 1. Januar 2003 von jetzt 37 auf 38,5 Stunden steigen. Der Firmentarifvertrag schreibt allerdings vor, die 35-Stunden-Woche schrittweise wieder einzuführen.

Befristeter Sanierungsbeitrag

Bis zum Ablauf eines dazu noch zu vereinbarenden Stufenplans dürfen betriebsbedingte Kündigungen nicht vorgenommen werden. Für die Jahre 2002 und 2003 wird auch das Weihnachtsgeld der Beschäftigten auf 45 Prozent reduziert. Die Rückkehr zur tariflich geregelten Jahressonderzahlung von 95 Prozent muss ebenfalls in einem Stufenplan vor dem 31. März 2004 geregelt sein. Gleiches gilt für das Urlaubsgeld, das für Herlitz-Beschäftigte zum

1. Juli diesen Jahres gegenüber den Manteltarifregelungen fast halbiert wurde. „Mit dem Firmentarif werden ein dauerhaftes Absenken des Lohn- und Gehaltsniveaus sowie eine dauerhafte Verschlechterung von Manteltarifregelungen verhindert, die bei Anwendung der Tarifverträge des Groß- und Einzelhandels eingetreten wären. Der Sanierungsbeitrag der Beschäftigten konnte somit eingegrenzt werden“, betont Andreas Köhn vom ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. **neh**

Tagesspiegel spart Layouter ein

Mit der Einführung eines neuen Redaktionssystems beim „Tagesspiegel“ wurden in den Sommermonaten bei der drittgrößten Berliner Tageszeitung mehrere Layouterstellen eingespart. Drei festangestellte Layouter wurden auf andere Arbeitsplätze versetzt. Drei weitere schieden in gegenseitigem Einvernehmen aus und unterschrieben Aufhebungsverträge. Drei Pauschalisten, die bisher in der Reproabteilung und beim News-Layout beschäftigt waren, wurden gekündigt. Das Seitenlayout für die aktuelle Ausgabe wird jetzt in der Redaktion selbst bearbeitet. Die Abteilung News-Layout wurde so deutlich reduziert. Lediglich bei schwierigen grafischen Aufgaben und für die Seitenkontrolle sind noch Layouter tätig. **red**

90 Jahre Babelsberg – das sollte eigentlich ein Grund zum Feiern sein. Doch Querele in der Geschäftsführung, die schlechte wirtschaftliche Situation und die Furcht vor dem Ausstieg von Vivendi trübten das Jubiläumsfest Mitte September.

Der blaue Brief kam sechs Tage vor der Jubiläumsfeier. In dünnen Worten teilte Vivendi-Repräsentant Thierry Potok darin seiner Geschäftsführerin Gabriela Bacher die fristlose Kündigung mit. Den Medien sagte er später, ein „brutales Ereignis“ habe das „Vertrauensverhältnis zerstört“. Inzwischen suchte Potok die Gemüter zu beruhigen. Die Entlassung Bachers habe nichts mit der Strategie von Vivendi Deutschland zu tun. Vor allem tangiere sie in keiner Weise die Bereitschaft der französischen Mutter Vivendi Universal, in Babelsberg zu investieren.

Zweifel sind angebracht. Seit 1992 ist der französische Mischkonzern Vivendi Universal Eigentümer von Studio Babelsberg. Mit einer rundum erneuerten Infrastruktur sollten Gelände und Studios zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit gepusht werden. Doch trotz Investitionen von 500 Millionen Euro schreibt das Stu-

**Großaufträge blieben
leider Eintagsfliegen**

dio nach wie vor rote Zahlen. Es mangelt an Produktionsaufträgen. Filme wie das Stalingrad-Epos „Enemy at the gates“ von Jean-Jacques Annaud oder Roman Polanskis historisches Drama „Der Pianist“ blieben Eintagsfliegen. Geschäftsführerin Gabriela Bacher, erst vor elf Monaten eingesetzt, agierte getreu der Strategie von Vivendi, auf Eigen- oder Koproduktionen zu verzichten. Statt dessen setzte man als Full-Service-Studio auf die Verpachtung der Einrichtungen an finanzstarke Produzenten. Doch das Konzept ging nicht auf. Auch die Hollywood-Kontakte Bachers brachten nichts ein.

Gerade mal 180 Studio-Mitarbeiter sind übrig geblieben. Seit Jahresbeginn wurden bereits 76 Stellen gestrichen. Der Abbau betraf die Betriebsfeuerwehr, den Wachschatz, die Verwaltung, aber auch Handwerker. Doch andererseits werden „überdimensional Überstunden geschrubbt“,

Kein Happyend für Babelsberg?

Perspektive des Studios erscheint düster



Foto: transitiv, Polentz

Nicht nur Kaskadeure haben in Babelsberg riskante Jobs...

klagt Ulf Wachholz, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. Gleichzeitig jobben derzeit noch 38 zusätzliche freie Mitarbeiter mit Zeitaufträgen. Ein vernünftiges Arbeitszeitmodell vermag der Betriebsrat nicht zu erkennen. Offen ist auch, wer sich nun um die Akquise von Filmaufträgen kümmert.

Die Perspektive von Babelsberg erscheint auch aufgrund der unübersichtlichen Situation bei Vivendi düster. Ende des Jahres läuft die zehnjährige Bestandsga-

rantie der Franzosen für die Studios aus. Dann stehen auch die

**Jeder Medienkonzern
ist willkommen**

restlichen Jobs auf der Kippe. Presseberichten zufolge rangiert Babelsberg neben der Musikfirma Universal ganz oben auf der Verkaufsliste des Unternehmens. Was passiert, wenn Vivendi aussteigt?

Ulf Wachholz hofft auf einen neuen Investor. Er kann sich „nicht vorstellen, dass die das Studio total krachen lassen“. Schlange stehen die Interessenten jedenfalls nicht.

Wie kann Babelsberg geholfen werden? Kann es sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen wie dereinst Hans Albers im Ufa-Klassiker „Münchhausen“? Wohl kaum.

Branchenkenner beurteilen die Zukunft der Institution wegen der starken Konkurrenz als schwierig. Für den Londoner Produzenten Michael Kuhn hat Babelsberg nur eine Chance, wenn es gelingt, „Zugang zur Verwertungskette zu bekommen und eigene Vertriebsstrukturen aufzubauen“. Regisseur Volker Schlöndorff, bis 1997 fünf Jahre Geschäftsführer von Studio Babelsberg, setzt für den Fall des Ausstiegs von Vivendi auf eine nationale Lösung und eine Anbindung an den deutschen Fernsehmarkt. Das Studio könne nur existieren, „wenn ein deutscher Medienkonzern, der selbst mit großen Eigenproduktionen herkommt, sich hier engagiert“. Auf Nachfrage meint er, es sei jeder willkommen. Und: „So viele Medienkonzerne gibt es ja nicht.“ Zu den wenigen TV-Produktionen, die derzeit in Babelsberg hergestellt werden, gehört neben „Vera am Mittag“ und „Schloss Einstein“ auch die Daily Soap „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“. Und die kommt bekanntlich aus dem Hause RTL/Bertelsmann.

Günter Herkel

PS: Vivendi hat Ende September auf einer Verwaltungsratssitzung erklärt, Babelsberg gehöre weiter zum Kerngeschäft des Konzerns und werde nicht verkauft...

ANZEIGE

Gesundheit und Gesundheitspolitik in Brandenburg

Sie

recherchieren,
brauchen Informationen,
Zahlen, Daten Hintergründe?

Rufen

Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 28, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinsogga
Telefon 0 33 28/45 15 13
Telefax 0 33 28/45 15 14

Online erreichen Sie die AOK unter
<http://www.aok.de>
e-mail: joerg.trinsogga@brb.aok.de



AOK
Die Gesundheitskasse

IMMER WIEDER SOLIBASAR

Nicht nur DGB-Chef Michael Sommer kam ins Schwitzen, als er in der Mittagszeit am Stand der „Frankfurter Rundschau“ eine Stunde lang „mitarbeitete“ und Fragen von Besuchern und Journalisten beantwortete. Auch alle anderen – Autoren, Schriftsteller und Talkrundenteilnehmer, Interessenten, Käufer, Autogrammjäger oder Kinder auf der Hüpfburg und bei Wettspielen – genossen Sonne pur beim diesjährigen Solidaritätsbasar der Berlin-Brandenburgischen JournalistInnen. Die Veranstaltung lockte am letzten August-Samstag etwa 25 000 Menschen auf den Berliner Alexanderplatz. Sie stand unter der Schirmherrschaft von ver.di-Chef Frank Bsirske, der damit unterstrich, dass die Basar-Kontinuität auch mit der großen Dienstleistungsgewerkschaft gewahrt werden soll.

An Ständen von Zeitungen und Zeitschriften – darunter Der Tages-



DGB-Chef Michael Sommer präsentiert bei der „Frankfurter Rundschau“

spiegel, Freitag, Das Magazin, Neues Deutschland, taz und junge welt – konnten Besucher mit Redakteuren und Gästen diskutieren. Verlage wie die AG Brandenburgische Buchverlage, Aufbau, Basisdruck, Dietz, edition ost, die Eulenspiegel-Gruppe, Chr. Links, Schwarzkopf & Schwarz-

kopf oder Stiftung Warentest waren mit Autoren und Druckzeugnissen vertreten. Am originären ver.di-Stand wurde das zweitbeste Spendenergebnis erzielt. Allerdings wünschen sich die Seniorinnen und Senioren, die seit Jahren engagiert die Betreuung übernehmen, künftig

auch jüngere Unterstützer, um die Gewerkschaft realistischer zu repräsentieren. Darüber hinaus stellten 15 Vereine und non-profit-Organisationen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit vor. Dem Berliner Verein „Kinderhilfe Hyvon Vietnam e. V.“ kamen diesmal die Spendenerlöse in Höhe von 10 000 Euro zugute. Sie dienen dem Projekt, ein Haus für Straßenkinder in der vietnamesischen Stadt Ca Mau zu bauen. Schließlich gab es – dem Wahljahr sei Dank – erstmals einen Politalk mit beachtlicher Zuschauerresonanz. Wie sich erwies, war das Podium ausschließlich mit späteren Direktmandatsgewinnern besetzt: Petra Pau (PDS) behauptete sich gegenüber Detlef Dzembritzki (SPD) und Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Grüne), als über Entwicklungszusammenarbeit, Fairen Handel und Solidarität in Zeiten der „Ich-AG“ diskutiert wurde. **neh**

Wiedersehen im Rampenlicht

DEFA-Regisseur Herrmann Zschoche präsentierte seine Erinnerungen

Einer der erfolgreichsten DEFA-Regisseure präsentierte Ende August seine Memoiren im Filmmuseum Potsdam: „Sieben Sommersprossen und andere Erinnerungen“. Viele Freunde, Bekannte und Filmfans waren gekommen. Mit dabei auch der bewährte Kameramann Günter Jaeuthe sowie Dramaturgin Gabriele Herzog. Beide wirkten mit am 1978 gedrehten

Jugendfilm „Sieben Sommersprossen“. Fast alles in den 43 locker und humorvoll geschriebenen Kapiteln rankt sich um seine Zeit bei der DEFA, der kleinen Babelsberger „Traumfabrik“. 30 Jahre lang war der 1934 in Dresden geborene hier Regisseur und produzierte solche Publikumsrenner wie „Insel der Schwäne“, „Und nächstes Jahr am Balaton“ oder „Glück im

Hinterhaus“. Allein „Sieben Sommersprossen“ zog 1,5 Millionen Zuschauer in die Kinos. Amüsant, anekdoten- und pointenreich erzählt Zschoche vom mühseligen und spannenden Werden und Wachsen eines Filmes. Er hatte mit Darstellern wie Manfred Krug, Jutta Hoffmann, Ulrich Mühe und Katrin Saß zu tun. Ab 1990 gesellten sich auch Brigitte Mira, Senta Berger oder Harald Juhnke hinzu.

Ein durchaus aktueller und sehenswerter Streifen erreichte seine Zuschauer erst ab 1990: „Karla“, gedreht 1965/66. „Schon beim Drehen waren wir uns unserer Sache nicht sicher“, resümiert Zschoche in seinem Buch. „Wir wollten doch nur eine bessere DDR. Karla betritt ihre neue Schule. An der Wandtafel steht ein von Kinderhand geschriebenes ‚legel‘. Sie streicht das falsche e, wird vom cholertischen Hausmeister überrascht und rechtfertigt sich: ‚Ich hab nur was verbessert.‘ – ‚Hier wird überhaupt nichts verbessert!‘“ Manfred Krug schrieb 1995 an Zschoche: „Das ist

ja ein so unglaublich wunderbarer Film. Du und Plenzdorf und die Hoffmann und Hentsch. Wirklich, ein großes und schönes Werk. Und wenn die DDR nur gut war, um diesen Film nötig zu machen. Und möglich zu machen ...“

Vergeblich versuchte Verleger Matthias Oehme bei der Buchpremiere, Zschoche grundlegende Geheimnisse seiner Arbeit zu entlocken. Vor allem der Umgang mit jungen Laiendarstellern zeuge „von einer enormen Vertrautheit“, dem Aufschließen der Figuren. „Ein bisschen Geduld gehört schon dazu“, entgegnete der Regisseur nüchtern.

Nach der Wende wollte es Zschoche noch einmal wissen, unter anderen mit den Fernsehfilmen „Drei Damen von Grill“, Kommissar Rex „Der maskierte Tod“ sowie Kurklinik Rosenau. Bescheiden und eher zurückgezogen lebt er heute bei Berlin. Doch so ganz Abschied nehmen von der Regiearbeit will er nicht: „Wenn ich ein Angebot erhalten würde...“ **Renate Stiebitz**

Herrmann Zschoche: Sieben Sommersprossen und andere Erinnerungen, Das Neue Berlin, ISBN 3-360-00984-3, 14,90 Euro. Für Interessenten: Der Film „Karla“ kann als VHS-Kassette erworben werden. Preis: 15,30 Euro. E-mail: info@icestorm.de, Tel.: 030/78 09 58-0



Erste Autogrammstunde v.l.n.r.: Schauspielerin Theresia Wider, Herrmann Zschoche und sein größter Fan Hans-Joachim Mahling.

Zur „Zeitungskrise in Berlin-Brandenburg“ diskutierten die Mitglieder der Fachgruppe Journalismus auf der Landesfachgruppenkonferenz der djm am 14. September mit einem kompetentem Podium.

In einem „Zustandsbericht“ schilderte zuerst Petra Pulver, Betriebsratsvorsitzende Springer/Ullstein in Berlin, dass nach weitreichenden Umstrukturierungen wie der Zusammenlegung der Redaktionen von „Die Welt“ und „Berliner Morgenpost“ sowie dem eventuellen Einstieg der WAZ-Gruppe oder Rupert Murdachs nach der Kirch-Pleite die Stimmung unter den Beschäftigten so schlecht sei „wie noch nie erlebt“. Bisher habe Springer die Redaktionen meist verschont, nun beherrschten Angst und Verteilungskämpfe das Klima. Der Betriebsrat, der erst zu den Neuwahlen in diesem Jahr aus vorher drei Gremien vereint wurde, versuche gegenzuhalten und Betroffene zu beraten. Innerhalb des Konzerns konnten etwa 20 Umsetzungen von Beschäftigten erreicht werden, bisher lediglich vier Freizusetzende konnten durch eine externe Beratungsfirma auf andere Stellen vermittelt werden. Die Leistungsverdichtung für die Verbliebenen äußere sich auch in hohen Überstundenzahlen.

Die Zeitungskrise sei eigentlich eine Werbeeinnahmen-Krise meinte Renate Gensch, Betriebsratsvorsitzende beim Berliner Verlag. Zudem hätten Online-Aktivitäten der Verlage „Millionen verschlungen“. Schon vor der geplanten Holtzbrinck-Übernahme habe man

Das Klima
wird rauer

bei „Berliner Zeitung“ und „Berliner Kurier“ ab Juni 2001 mit „Strukturoptimierungsmaßnahmen“ begonnen. Seither gab es 130 „Abgänge“ – freie Mitarbeiter eingeschlossen. Für die Verbliebenen sei Leistungsverdichtung kennzeichnend. „Journalistische Qualität ist kein Kriterium mehr. Unsere Geschäftsführer könnten auch einer Schraubenfabrik vorstehen“, meinte Gensch, die dem Management Konzeptionslosigkeit und „Betrug am Leser“ vorwarf. Mit Lähmung, Angst und Entsolidarisierung unter den Beschäftigten beschrieb auch sie das Stimmungsbild. Für Redakteure, die nach gewonnenen

Qualität bleibt auf der Strecke

dju Berlin-Brandenburg diskutierte Auswirkungen der „Zeitungskrise“



Foto: transitiv. Polentz

V.l.n.r.: Volkmar Zech, Petra Pulver, Moderator Dieter Sirozynski-Haehnel, Matthias Gottwald und Renate Gensch debattierten.

Arbeitsrechtsprozessen weiter beschäftigt werden müssten, seien regelrechte „Mobbing-Räume“ geschaffen worden, in denen die Betroffenen quasi ohne Beschäftigung und ohne soziale Kontakte ihre Arbeitszeit abzusetzen hätten.

Eklatante Managementfehler beklagte auch Volkmar Zech, Betriebsratsvorsitzender der „Märkischen Oderzeitung“. Seit Anfang vergangenen Jahres sei von Kostenoptimierung, Zusammenlegungen, Ausgliederung oder Kooperationen die Rede. Der Verlag ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Besonders bei den Geschäftsstellen und in den Lokalredaktionen werde akut abgebaut. Noch sei die Redaktion weitgehend verschont, doch verlagsübergreifend denke man über gemeinsame Mantelausgaben oder gar gemeinsame Brandenburg-Teile für mehrere Tageszeitungen nach, die nur einen weiteren Stellenabbau bedeuten könnten. Die Angst sei groß.

Matthias Gottwald, gekündigter Pauschalist bei der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“, berichtete, dass nach Einsparungen in der Vorstufe nun auch in den Lokalredaktionen das „Klima härter“ werde, dass Redakteure zunehmend Layoutaufgaben über-

nehmen müssten und auch über die Zusammenlegung von Lokalredaktionen nachgedacht werde. Feste Stellen würden nicht neu besetzt, die Qualität leide. Freie grüben sich durch Dumpingpreise gegenseitig das Wasser ab. Es sei äußerst schwierig, Redakteure dazu zu bringen, Überstunden aufzuschreiben, bestätigten mehrere Diskussionsteilnehmer, dennoch sei es nötig, den Kolleginnen und Kollegen klarzumachen, dass sie sich „eigentlich selber wegrationalisieren“, wie es Gottwald ausdrückte.

Veronika Mirschel, ver.di-Referentin für Selbständige, sah „über-

all die gleiche Hoffnungslosigkeit“. Der Abbau fester Stellen und Dumpingarbeit freier Journalisten führten in der Konsequenz dazu, dass „Ausweichmöglichkeiten in andere Bereiche“ kaum noch gegeben seien, speziell auch in der Hauptstadt. „Bestandsaufnahme“ sei wichtig, meinte Manfred Protze, kommissarischer dju-Bundesvorsitzender, doch nötige Veränderungen anzustoßen, sei um so schwieriger. Er forderte, „gesellschaftliche Bündnisse herzustellen und die einzubeziehen, für die die Informationen gemacht sind“. In der ersten Bundestarifrunde für Redakteure habe die Arbeitgeberseite sämtliche Forderungen rundweg abgelehnt, gab Renate Gensch zu bedenken. Es dürfte sehr schwer werden, die Leser auf die Problematik anzusprechen und gleichzeitig freie Kolleginnen und Kollegen einzubeziehen. Solidarität sei unter Journalisten unterentwickelt, beklagte Volkmar Zech auf dem Hintergrund der Freitarifverhandlungen in den neuen Ländern. Der Konzentrationsprozess in der Medienbranche werde weitergehen, zeigte sich Petra Pulver überzeugt. Um so mehr müsse die dju versuchen, Öffentlichkeit herzustellen und neue Kommunikationswege zu finden.

Ein einstimmig angenommener Antrag an die dju-Bundesfachgruppenkonferenz fordert, das Erscheinen der Zeitschrift M – Menschen Machen Medien als mitgliederspezifische verdi-Zeitschrift im bisherigen Umfang und mit mindestens 10 Ausgaben pro Jahr sicherzustellen.

Ein weiterer Antrag zielt darauf ab, das Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße für gewerkschaftliche Medienarbeit zu erhalten und dort ein Medienkompetenzzentrum einzurichten.

Helma Nehrlich

JOURNALISMUS ALS TRAUMBERUF – IMMER NOCH?

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in ver.di ist überzeugt, dass gerade Qualität die Antwort auf die Medienkrise sein muss – in der Ausbildung und in der journalistischen Arbeit. Die dju bietet zwei Workshops an: **Wege in den Journalismus und Werte im Journalismus** mit Dieter Sirozynski-Haehnel (Ausbildungsradio, stellv. dju-Landesbezirksvorsitzender) und Susanne Stracke-Neumann (dju-Hochschulprojekt) am Mittwoch, dem 6. November, sowie **Berufschancen für feste und freie JournalistInnen in Medien und Öffentlichkeitsarbeit** mit Holger Wenk (freier Medienjournalist, dju-Bundesvorstandsmitglied) und Heike Englisch (Marketing-Dozentin an der TFH Berlin) am **Mittwoch, dem 4. Dezember**. Beide Veranstaltungen beginnen 19 Uhr in der Medien Galerie im Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, U6, „Platz der Luftbrücke“.

DIE GEWERKSCHAFT SIND IHR

... und die Mitglieder haben gewählt. Ein normaler demokratischer Vorgang. Und doch hatte er eine Besonderheit: Erstmals wurden in den Strukturen der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Fachgruppenvorstände im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie auf Bezirks- und Landesebene neu bestimmt. Die Herkunft der Gewählten aus unterschiedlichen ge-

werkschaftlichen Traditionen war nach wie vor gewollt, verliert aber künftig sicher immer mehr an Bedeutung. Die Wahl der Bezirksfachbereiche steht noch bevor. Auf allen bisherigen Mitgliederversammlungen nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit, sich über die Arbeit der vergangenen Zeit, vor allem aber über künftige Vorhaben und Ziele der Fachgruppen kon-

struktiv auszutauschen. Dazu wurden zahlreiche politische Anträge und Arbeitsaufträge für höhere Gremien beraten und beschlossen. Die einzelnen Berichte in dieser Ausgabe belegen, dass Tarifpolitik und die Arbeit der Freien wesentliche Schwerpunkte in den Diskussionen bildeten.

In den Mitgliederversammlungen wählten die Teilnehmer auch die Delegierten für

die Landesbezirksfachbereichskonferenz. Dieses Gremium wird am 30. November die Strategie des Fachbereichs für die nächsten vier Jahre bestimmen und die Leitungsgremien dazu wählen.

Wir dokumentieren die bisher gewählten Vorstände und die zuständigen ver.di-Betreuer.



DIE NEU GEWÄHLTEN FACHGRUPPEN

FG 1

METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE, STAHLINDUSTRIE

Vorsitzender: Uwe Fenske

Mitglieder: Gunhild Gabriel, Hans-Christoph Gerhard, Gabriele Hackbarth, Leonhard Hahn, Gregor Heidebrink, Hannelore Lazar

Betreuung: Petra Drews (Sekretärin) Tel.: -24 04, Dagmar Orminski Tel.: -24 06

FG 2

CHEMISCHE INDUSTRIE, WEITERE INDUSTRIEBEREICHE

Vorsitzender: Matthias Träger

Mitglieder: Ralf Olbrich, Klaus Pettersson, Uwe Scherf, Klaus Wallesch, Jutta Schwandtke, Dr. Kurt Stephan, Barbara Szymanski, Uwe Todten, Klaus Nindel

Betreuung: Petra Drews (Sekretärin) Tel.: -24 04, Dagmar Orminski Tel.: -24 06

FG 3

PAPIER, PAPPE UND KUNSTSTOFFE VERARBEITENDE INDUSTRIE

Vorsitzender: Peter Wilke

Mitglieder: Siegfried Wolff, Michael Zadow, Vera Koch, Christoph Jander

Betreuung: Andreas Kühn (Sekretär) Tel.: -2408, Irene Pietsch Tel.: -2401

FG 4

DRUCKINDUSTRIE UND ZEITUNGSVERLAGE

Vorsitzender: Holger Kollonitsch

StellvertreterInnen: Antoaneta Werbelow, Lutz Kreisel, Andreas Meißner

Beisitzer: Uwe Brandenburg, Klaus Körper, Gunar Wagner, Heinz Poetschlack, Werner Neumann, Dieter Körner

Betreuung: Manfred Föllmer (Sekretär) Tel.: -2407, Rosi Koch Tel.: -2405

RE MITGLIEDER...

NEUE
ADRESSE

Alle für den Fachbereich zuständigen ver.di-Mitarbeiter sitzen jetzt in der Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Die Telefoneinwahl lautet **0 30/86 31-0 (Zentrale)**. Die Mitgliederverwaltung, die Kolleginnen Heidi Schelske und Karla Kanter, sind unter **-24 14** und **-24 15** zu erreichen. Presseausweise stellt Manuela Werk (-24 20), internationale Ausweise Andje Raudszus (-24 21) aus. Meike Jäger und Katja Karger von connex.av sind unter -24 22 und -24 16 erreichbar.

VORSTÄNDE UND DIE ZUSTÄNDIGEN VER.DI-BETREUUNGSSEKRETÄRE

FG 5
VERLAGE UND AGENTUREN

Vorsitzende: Doris Gollin
Mitglieder: Susanne Maier, Doris Glaser, Christian-Ulrich Behring, Denis Traub
Betreuung: Andreas Köhn (Sekretär) Tel.: -1106, Traudel Weidner Tel.: -1107

FG 6
RUNDFUNK, FILM, AUDIOVISUELLE MEDIEN

Vorstand: Christian Hopp, Jan-Peter Schmarje, Holger Dittberner, Günter Messe, Evelin Gundlach
Die Wahl der/des Vorsitzenden erfolgt nach der konstituierenden Sitzung.
Betreuung: Dietrich Peters (Sekretär) Tel.: -2411, Marlies Gehrke Tel.: -2410

FG 7
JOURNALISMUS, DEUTSCHE JOURNALISTINNEN UND
JOURNALISTEN-UNION (DJU)

Vorsitzender: Matthias Gottwald
StellvertreterInnen: Heidi Schirrmacher, Dieter Sirozynski-Haehnel
BeisitzerInnen: Renate Gensch, Christian von Polentz, Martin Müller-Mertens, Sabine D. Kaatzer, David Crawford
Betreuung: Dietrich Peters (Sekretär) Tel.: -2411, Marlies Gehrke Tel.: -2410

FG 8
LITERATUR – VERBAND DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER
(VS) BERLIN

Vorsitzender: Dr. Horst Bosetzky
Stellvertreterin: Monika Ehrhardt-Lakomy
BeisitzerInnen: Anja Tuckermann, Gunnar Kunz
Betreuung: Anke Jonas (Sekretärin) Tel.: -2403, Christine Obst Tel.: -2402

FG 8
LITERATUR – VERBAND DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER
(VS) BRANDENBURG

Vorsitzender: Martin Ahrends
Stellvertreter: Alexander Kröger
BeisitzerInnen: Andrea Jennert, Till Sailer
Betreuung: Anke Jonas (Sekretärin) Tel.: -2403, Christine Obst Tel.: -2402

FG 9
BILDENDE KUNST

Vorsitzender: Dieter Ruckhaberle
StellvertreterInnen: Marianne Kühn-Berger, Maria Rüger
BeisitzerInnen: Brigitte Lange, Andreas Jähmig, Hans-Dieter Petke
Betreuung: Anke Jonas (Sekretärin) Tel.: -2403, Christine Obst Tel.: -2402

FG 10
THEATER UND BÜHNEN, KULTURELLE EINRICHTUNGEN
UND VERANSTALTUNGSWESEN, DARSTELLEND KUNST

Geschäftsführender Vorstand: Gunter Engelmann, Manuela Gerlach, Klaus Grunow, Ute Koser, Marion Kuschnerus, Roswitha Weber
Vorstandsmitglieder: Madeleine Lierck-Wien, Detlef Rünzler, Michael Tuchs
Betreuung: Sabine Schöneburg (Sekretärin) Tel.: -2413, Georgia Weiland Tel.: -2412

FG 11
MUSIK

Vorsitzender: Stefan Gretsich
StellvertreterInnen: Anja Bossen, Ulrike Philippi
Beisitzer: Reiner Melle, Norbert Klotz
Betreuung: Anke Jonas (Sekretärin) Tel.: -2403, Christine Obst Tel.: -2402

VORGESTELLT

FACHGRUPPE 5
Verlage und Agenturen

Vorrangig in Buch- und Zeitschriftenverlagen, Werbe- und PR-Agenturen sowie verlagsnahen Medienbetrieben (Multimedia, Onlinedienste) arbeiten die Mitglieder dieser Gruppe 5 unseres Fachbereiches. Dabei halten sie das Tor offen auch für Mitglieder aus Zeitungsverlagen. ... Das bewiesen in persona Holger Kollonitsch vom Betriebsrat des Springer-Verlages und Christian-Ulrich Behring vom Tagesspiegel-Betriebsrat mit ihrer Teilnahme an der ersten Mitgliederversammlung. Die Aufgaben überschneiden sich. Für Verlagsangestellte im Vertrieb, dem Anzeigensektor, Sekretärinnen... Lediglich Journalistinnen und Journalisten sind eindeutig einer anderen Fachgruppe zugeordnet.

Fanden sich an diesem sonnigen Spätsommertag von den etwa 640 Mitgliedern auch nur zwei Tischrunden zusammen, so zeigte sich doch das Spektrum und „in konzentrierter Form so ziemlich alles, was wir gesellschaftlich ‚Strukturwandel‘ nennen“, wie

Von der Fibel bis zur Litfaßsäule

Martin Dieckmann, ver.di-Bundesfachgruppenleiter für Verlage und Agenturen, betonte. „In den Verlagen herrscht ständige Bewegung. Bestimmte Teile werden ausgegliedert“, so Andreas Köhn, Landesbezirksfachbereichsleiter, der die Gruppe betreut. Das betrifft u.a. den Bereich Wissenschaftsliteratur bei Springer oder auch – noch ungeklärt – die Verhältnisse bei Bertelsmann. Die Schulbuchverlage wiederum sind abhängig von den Kommunen.

Mit eigenen Erfahrungen warten die Kollegen der ehemaligen HBV und DAG auf. So erinnerte Michael Brockhaus vom Verlag Walter de Gruyter & Co. (Fachbücher) an gemeinsame Mitgliederwerbung mit dem Buchhandel – etwa mit Autorenlesungen



gekoppelte Veranstaltungen. Mit der ver.di-Gründung sind die Buchläden nunmehr dem Handel zugeordnet, wobei es bei den Gemeinsamkeiten in der Tarifkom-



Foto: transit/v.Polentz

Das Berliner Fenster in der U-Bahn verfehlt seine Wirkung nicht.

mission und in der Berufsausbildung geblieben ist.

Ein Antrag der Versammlung an die Landesbezirksfachbereichskonferenz wendet sich gegen diese Trennung, die ohne Diskussion mit den Beteiligten erfolgte. „Das Buch ist ein Medium“ so Christine Gräter vom Beuth-Verlag. Man könne es nicht wie Heringe oder Bananen über den Ladentisch reichen.

Ein Medium anderer Art lenkt in der U-Bahn unseren Blick auf sich. Das „Berliner Fenster“ mit

seinen Bildschirm-Informationen hat seinen Ursprung bei den Beschäftigten der „Plakat- und Außenwerbung“, die zu 60 Prozent Gewerkschafter sind und für ihren Haustarifvertrag drei Prozent Lohnerhöhung erkämpften.

Vom Erzeugnis des Aufbau-Verlages, also bis zum Plakat an der Litfaßsäule, reicht das, was die Mitglieder dieser Fachgruppe erarbeiten. Diese Vielfalt und ständig sich ändernde Strukturen verlangen einfühlsame Betreuung.

Eva Brillke

Ist der Vorstand stark und fit...

Unser Fachbereich ist aus dem „Haus der Buchdrucker“ ja schon ausgezogen. Die Mitgliederversammlung des VS Berlin am 30. September aber fand noch im Sitzungssaal dieses Kulturdenkmals avantgardistischer Architektur statt. Schon deshalb war sie mir ein Erlebnis, eine Mahnung: Nichts gibt's und bleibt ohne fortwährenden Kampf! Die nötige Kraft dafür geben Mitgliederversammlungen wie diese:

Vor nur zwei Jahren hatte der amtierende und nun Rechenschaft ablegende Vorstand bei quasi Null mit Nichts angefangen zu arbeiten. Arbeiten? Volle Pulle 'rangeklotzt haben muß er! Er hob den Lesemarathon – Berliner Schubladen – aus der Taufe, führte ihn zweimal durch (der 2. fand seinen festlichen Abschluß im Poetenball) und placierte ihn als jährlich wiederkehrende Erscheinung im Berliner Kulturle-

ben. Ebenfalls jährlich bringen nun Schriftsteller des VS in der „Anne-Frank-Lesung“ den Berliner Schülern in ihrer Schule antifaschistische Literatur nahe. Unser Stammtisch wurde wiederbelebt. Sponsorengelder mußten aufgetrieben werden und wurden es. Zahlreiche Aktivitäten quasi als Service für die Mitglieder kamen hinzu: Unsere homepage: <http://www.vs-in-berlin.de>, Beteiligung am Journalisten-Solibasar, der Buchtisch am 1. Mai, Rundbriefe und last not least wurde ein Literaturpreis ab 2002 erkämpft, dem nun Leben eingehaucht werden muß, als erstes mit einem zugkräftigen Namen. Der Landesbezirksfachbereichsvorstand (vielleicht sollte ver.di, deren Mitglied wir ja sind, sich mal unser besinnen bei der Schöpfung ihrer Begriffe und solche Monsterwörter zu vermeiden suchen) wurde bestückt, es be-

suchten Delegierte den Bundeskongreß in Leipzig. Und, und, und...

In der Diskussion gab's Anregungen, vorwärtsweisend Kritisches, Lob. Eine Dissonanz, aus Interna sich nährend, für die meisten Anwesenden unnachvollziehbar, führte, von allen bedauert, zum vorzeitigen Aufbruch eines Mitglieds. Das klärt sich sicher, so die Stimmung. Problematisiert wurde auch der Status des VS in ver.di, also als Gewerkschaft bezüglich der Interessenvertretung. Dem wurde überzeugend entgegengehalten, dass ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung z. B. das Urhebervertragsrecht nicht auf den Weg gebracht worden wäre.

So, und dann wurden alle amtierenden Vorstandsmitglieder wieder gewählt – kein Wunder, strahlen sie doch große Kampfkraft, realistischen Optimismus,

überlegten Tatendrang und funderische Phantasie aus – und stellten diese Eigenschaften in den vergangenen zwei Jahren ja auch voll unter Beweis (siehe Mittelseiten). Nur Frank Böhmert mußte leider aus privaten Gründen ausscheiden (schade!) und Gunnar Kunz wurde an seiner statt als Beisitzer gewählt.

Gewählt wurden auch die Delegierten zum Schriftstellerkongress/Bundesdelegiertenkonferenz, unsere Vertreter im Landesbezirksfachbereichsvorstand und für die entsprechende Konferenz.

Zum Schluss wurde noch eine Resolution an die Bundesregierung angenommen gegen eine Beteiligung an einer Intervention im Irak.

Resümee: Ist der Vorstand stark und fit, macht auch das Mitglied wieder mit!

Iris Rudolph



Mehr Aufmerksamkeit den Freien

Zum letzten Sonntag im September hatte die Fachgruppe 10 all ihre Mitglieder in Berlin und Brandenburg zu einer Versammlung gebeten, um Resümee zu ziehen, Ausblicke auf morgen zu riskieren und – nicht zuletzt – sich einen Vorstand zu wählen. Der Einladung folgten 29 Kolleginnen und Kollegen. Und es wurde schon zu Beginn deutlich, dass die Fachgruppe über aktive und engagierte Mitglieder verfügt, die willens sind, die gewerkschaftliche Kulturpolitik zu befördern, ihr Farbe und Kraft zu verleihen. Und so verliehen sie auch diesem Treffen Farbe und die Gewissheit, hier offen sprechen zu können. Das Dis-

kussionsspektrum reichte von der Frage, ob diese Mitgliederversammlung überhaupt legitimiert ist, einen Fachgruppenvorstand zu wählen (laut Satzung eindeutig ja), über den Antrag, mehr als insgesamt 9 Mitglieder in den Vorstand zu wählen (jein – 9 Mitglieder des Vorstandes, 6 davon bilden den Geschäftsführenden Vorstand, 3 Kolleginnen und Kollegen stehen als stellvertretende Vorstandsmitglieder bzw. Nachrücker zur Verfügung) bis hin zu der Forderung an die Arbeit des künftigen Vorstandes, sowohl die Probleme der angestellten Kolleginnen und Kollegen im Blick zu behalten, als auch sich der Sorgen und Nöte

der Freien im Bereich anzunehmen. Letztere – so wurde überaus kritisch vermerkt – hätten von gewerkschaftlichen Möglichkeiten noch wenig gespürt, ja, wüsten teils nicht einmal, dass sie überhaupt in die Zuständigkeit und Fürsorge einer Gewerkschaft fallen könnten.

Den Bericht über die Arbeit der bislang als Fachgruppenvorstand tätigen Kolleginnen und Kollegen nahm die Versammlung mit Beifall und wenigen Fragen auf, was wohl auch für die gelungene Informationsverbreitung in der Fachgruppe spricht.

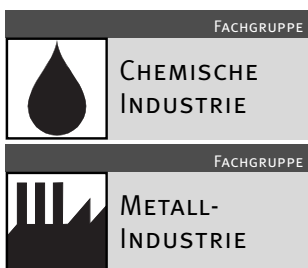
Nach der Wahl (Ergebnis siehe Mittelseite) widmete sich die Ver-



sammlung kommenden Aufgaben, und da zunächst den Anträgen an die Landesfachbereichs- und die Bundesfachgruppenkonferenz. Inhaltlich wurden sie einstimmig verabschiedet, gleichzeitig erhielt der neue Vorstand jedoch den Auftrag, sie exakt auszuformulieren.

Ein ermutigender Einstieg in die Diskussions- und Arbeitsrunde der begonnenen Legislaturperiode. Übrigens: Die Vorstandssitzungen sind öffentlich (Termine demnächst im „Sprachrohr“)

Georgia Weiland



Unterschiedlicher könnten die Bereiche kaum sein, aus denen die Kollegen der Fachgruppen 1 und 2 stammen, stellten die jeweiligen Vorsitzenden, Matthais Träger und Uwe Fenske, in ihren Rechenschaftsberichten über das erste gemeinsame Jahr bei ver.di fest. Wenn es dennoch nach kurzer Zeit der Orientierung und des „Beschnüpperns“ zu erfolgreicher Zusammenarbeit kam, ist das der bewußten engagierten Tätigkeit dieser ehemaligen DAGler zu danken. Atmosphäre und Verlauf der

Erfreulicher Tatendrang

Wahlversammlung mit Fachsekretärin Petra Drews an der Spitze – am späten Freitagnachmittag, quasi als Wochenendaufakt – spiegelten denn auch wohlthuendes Zusammengehörigkeitsgefühl und erfreulichen Tatendrang wider. Ob die Mitglieder nun bei Siemens, Parexel, Philipp Morris, DeTeWe oder Apollo-Optik arbeiten, in Berlin oder Brandenburg wohnen, alle stellten sich für neue Aufgaben zur Verfügung und beschlossen, künftig einmal im Jahr zu einem gemeinsamen Treffen einzuladen.

Sie haben Tatkraft auch bitter nötig. Mehr oder weniger wurden sie – besonders in den Industriebetrieben – als ver.di-Gewerkschafter mit Skepsis aufgenommen. Von den Querelen bei Scheiring berichteten wir (Sprachrohr

3/02). „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“, die auf vielerlei Vorurteilen fußende Meinung ist noch nicht allorts ausgeräumt. Leider auch nicht in der Metall- und Elektroindustrie, wo die Kollegen sich häufig auf verlorenem Posten fühlen, oft ohne die erbetene Unterstützung der übergeordneten Leitungen. Bereichsleiter Helmut Cors von der ver.di-Bundesverwaltung hat's mit auf den Weg genommen.

Reichlich eigene Kraft hat es z. B. gekostet, bei Francotyp postalia mit der IG Metall einen gemeinsamen Betriebsrat zu bilden, dabei noch zwei neue Mitglieder zu werben und – mit Gabriele Hackbarth von ver.di, die die meisten Stimmen verzeichnen konnte – sogar den Vorsitz des Gesamtbetriebsrates zu besetzen. **E. Bri.**

FACHGRUPPE

**FINISSAGE
MIT VORTRAG**

Zur aktuellen Ausstellung in der Medien Galerie „Origenes – Ursprünge“ Gemälde von Leonardo Casimiro (Peru) Abraham Covarrubias Rendón (Mexiko), findet am Freitag, dem 8. November 2002, um 19 Uhr ein Abschluss-Vortrag von Mauro Valderrama statt. Er befasst sich mit „Ursprüngen und Entwicklung im Stadtrandbezirk Villa El Salvador, Lima/Peru“. Mauro Valderrama war zehn Jahre lang Lehrer in Villa El Salvador und ist Mitbegründer und Mitarbeiter der Zeitschrift „Colibri“ – Berlin. Dazu wird ein Fernsehbeitrag über Villa El Salvador von Gerta Stecher (Hörfunk- und Fernsehjournalistin, Fotografin) gezeigt.



Im Zuge der Rentenreform, die in ihrem Kern die Kapitaleseite aus ihrer Verantwortung entlassen hat, ist für die Bildenden Künstler doch eine kleine positive Entwicklung herausgesprungen: Niemand, der über 65 Jahre auf dem Buckel hat und sozialhilfeberechtigt ist, muss mehr auf den inhumanen Sozialämtern herumsitzen; er oder sie bekommen eine Grundsicherung, eine Art „Bür-

Aktionen mit Hoffnungsschimmer

gergeld“, nach Hause oder zur Bank geschickt. Damit ist ein kleiner Hoffnungsschimmer für diejenigen gefunden, die sich aus vielerlei Gründen keine Rente aufbauen konnten.

Das Projekt der Fachgruppe „Zukunft der Arbeit – Zukunft der Nichtarbeit“, das schon 1999 in der Mediengalerie vorgestellt worden war, ist inzwischen im Foyer der Volksbühne und bei mehreren Gewerkschaftsversammlungen ausgestellt gewesen und inzwischen als CD-Rom erschie-

nen – in Zusammenarbeit mit dem ver.di-Bezirk Berlin und dem Fachbereich 12 (Handel) des Landesbezirks Berlin-Brandenburg.

Die Plakataktion gegen die schleichende Umwandlung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee in eine Angriffs- und Interventionstruppe hat ebenfalls weit über die Fachgruppe hinaus gewirkt. Auch andere Projekte wie „Nekropolen“, „Künstler-nachlässe“ und „Künstlerhäuser/Künstlerhöfe“ wurden auf der Mitgliederversammlung er-

läutert. Unsere Bemühungen zur Reform der Friedhofsordnungen für größere künstlerische Freiheit und damit potenziell mehr Aufträge kommen leider nur sehr langsam voran.

Der neue Vorstand, der personell mit dem bisherigen fast identisch ist, wird weiterhin für die Verbesserung der sozialen Situation der Künstler eintreten und sich gemeinsam mit dem Bundesvorstand für den gesetzlichen Anspruch auf Ausstellungshonorare stark machen. **D.R.**

Wortkünstler nur Randbereich?

Am 6. September 2002 fand sich der VS-Landesverband Brandenburg zusammen, um einen neuen Vorstand zu wählen und natürlich die kommenden Aufgaben aus den zurückliegenden herzu-leiten. Über ein Siebentel aller Mitglieder des Landesverbandes hatte den Weg nach Potsdam auf sich genommen.

Dass Andrea Jennert aus verschiedenen Gründen nicht weiter als Vorsitzende kandidieren wollte, hatte sie vorher schon angekündigt. Einen der Gründe brachte sie in die Diskussion ein. Seitens



des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur schien der VS kein markanter, öffentlichkeitswirksamer Partner zu sein. Hier knüpfte der neue Vorsitzende Martin Ahrends an, indem er ein stärkeres Eingreifen der Wortkünstler in die Probleme der Gegenwart, offene Diskussionen über die Rolle von Literaten und Literatur als ei-

nen seiner Schwerpunkte darstellte. Dabei regte er zum Nachdenken an, wie weit es der Spezifik einer Schriftstellerorganisation entspricht, „Randbereich“ einer Gewerkschaft zu sein.

Der alte Vorstand bedauerte besonders, das öffentlichkeitswirksame Literaturfest im ländlichen Raum mit vielen Lesungen und Diskussionen wegen fehlender finanzieller Unterstützung nicht durchführen zu können. Insofern waren spontane Aktionen wie die Lesung einer Vielzahl von Künstlern in der Potsdamer Frie-

denkirche aus Anlass des 11. September unter dem Motto „Make love, not war“ Beweis für die Bereitschaft der Schriftsteller, sich in öffentliche Diskussionen einzumischen.

Letztlich spiegelte die Wiederwahl von Andrea Jennert, nunmehr als Beisitzerin im Vorstand, Rüdiger Kurock als Schriftführer und die Neuwahl von Alexander Kröger als Stellvertreter sowie von Till Sailer, der in der Vergangenheit bereits in verschiedenen Vorständen und dem Bundesvorstand des VS mitgearbeitet hat, als Stützen für den neuen Vorsitzenden ein ausgewogenes Verhältnis von kontinuierlicher Arbeit und Neuanfang wider. **R.K.**

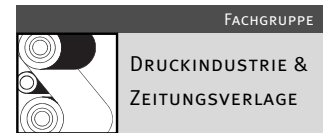


Foto: transitiv.Polentz

Orga-Wahlen sind zwar eine trockene Sache, aber notwendig für lebendige Gewerkschaftsarbeit.

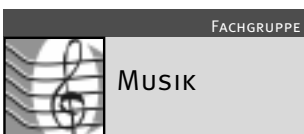
Ran an die Basis!

Wie es künftig besser gelingen könnte, gewerkschaftliche Aktivität auf mehrere Schultern zu verteilen, spielte auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe 4 (Druckindustrie und Zeitungsverlage) am 28. September eine wichtige Rolle. Holger Kollonitsch, wiedergewählter Fachgruppenvorsitzender, hatte die Frage im Bericht des Vorstandes aufgeworfen. Er resümierte: Der anfängliche Elan in der gemeinsamen gewerkschaftlichen Arbeit sei einer notwendigen Konzentration auf die Betriebsratsarbeit und Aktivitäten bei der Lösung von anwachsenden Unternehmensproblemen („Märkische Allgemeine Zei-



tung“, Bundesdruckerei, Springer) gewichen. Und Versuche, die Mitglieder in Klein- und Mittelbetrieben zu erreichen, seien bisher nicht erfolgreich genug verlaufen. Eine entsprechende Arbeitsgruppe sollte deshalb neu belebt werden. Auch ein von der Fachgruppe organisierter Vortrag über die Zukunft der Zeitungsverlage habe nur 15 Kollegen interessiert. Doch sollten solche thematischen Veranstaltungen auch weiterhin geplant werden. Es sei nicht die Gremienarbeit, die die Welt bewege, meinte auch Kollegin Karin Fischer (MAZ). Perspektivisch solle man sich auf die Arbeit vor Ort konzentrieren, da habe es in jüngerer Zeit schon gute Aktivitäten gegeben. Bei der Zusammenführung der einzelnen Betriebsgruppen gebe es noch Reserven. Mehr in die Öffentlichkeit zu gehen, forderte Kollege Wolfgang Exner. Die Potenzen von Künstlern und elektronischen Medien sollten dazu mehr genutzt werden, meinte Christian-Ulrich Behring. Die Fachgruppe sollte auch die Zusammenarbeit mit dem OSZ Druck und Medientechnik aktivieren. In der Aussprache wurde darüber hinaus die Tarifsituation ausgewertet. Die zunehmende Abkopplung der Ostbetriebe sei ein wichtiges Thema für die nächste Tarifrunde. **red.**

Fachgruppe Musik wählte einstimmig



Die Fachgruppe Musik hat die Organisationswahlen auf einer Mitgliederversammlung durchgeführt. Damit ersparte sie sich den Vorlauf, in den einzelnen Bezirken Delegierte wählen zu lassen. Wahrscheinlich wären gar nicht alle Bezirke in der Lage gewesen, Bezirksfachgruppenvorstände zu bilden und Delegierte zu bestimmen. Das bedeutet, dass der Landesfachgruppenvorstand viele Aufgaben übernehmen muss.

Auf der Mitgliederversammlung wurden Vorstände für die Landesfachgruppe und für die Bezirksfachgruppe Berlin gewählt. Für den Vorsitz und die beiden Stellvertreter ergab die Wahl, dass die Vorstände in Personalunion besetzt werden: Stefan Gretsch als Vorsitzender, Anja Bossen und Ulrike Philippi als Stellvertreterinnen. Die Beisitzer der Vorstände sind getrennt bestimmt worden. (Alle Namen und Funktionen auf den Mittelseiten)

Die gute Zusammenarbeit in den alten Vorständen hat dazu geführt, dass alle Kollegen, die aktiv mitarbeiten wollten, in die Arbeit einbezogen wurden. Das schlug

sich in den Wahlergebnissen nieder, die ausnahmslos einstimmig waren. Spannung kommt dabei freilich nicht auf.

Ohnehin sind „Orga-Wahlen“ eine trockene Angelegenheit. Jeder Schritt ist formal vorgeschrieben, die Wahlen ziehen sich auch bei guter Vorbereitung hin, für Inhalte bleibt kaum Zeit. Zu Diskussionen kam es dann doch, als der Vorstand seinen Rechenschaftsbericht abgab, eine umfangreiche ungeschminkte Bilanz der Erfolge und Misserfolge in den vergangenen vier Jahren.

Der Rechenschaftsbericht kann in der Geschäftsstelle angefordert werden (Tel. 030-86 31 24 02). **AE**

Und wieder Reinickendorf

Das ging durch die Zeitungen. Alle Reinickendorfer Lehrer haben zu Beginn der Sommerferien ein Kündigungsschreiben der Musikschule erhalten. Einigen wurde angeboten, sich neu zu bewerben, anderen wurde mitgeteilt, dass sie nicht mehr an der Musikschule beschäftigt werden sollen.

Die Bewerber mussten über die Lehrpläne Rechenschaft ablegen, nach denen sie ihre Schüler in der Vergangenheit unterrichtet hatten (siehe Kasten „Einvernehmen über den Lehrplan“). Vielen, auch examinierten Kollegen wurde die Qualifikation aberkannt, sie sollten entsprechend schlechter honoriert werden.

Mit keinem der Lehrer hatte die Schulleitung vorher über seine persönliche Arbeit, seine Qualifikation und seine soziale Situation gesprochen. Bis ins stilistische Detail hinein beherrschte Rücksichtslosigkeit das Verfahren. Da fehlte nur noch, dass der Stadtrat Dr. Gaudszun in der Presse erklärte, es sei eine qualitative Evaluation vorgenommen worden und man

Politisch wurde viel bewegt

behalte eben nur die guten Lehrkräfte. Von den angegebenen Gründen blieb nicht viel übrig. Rausgeworfen wurden Kollegen mit teilweise hervorragender Qualifikation. Bald stellte sich heraus, dass die Honorarmittel für alle



Lehrer reichten, dass die Senatsverwaltung das Kündigungsverfahren nicht angewiesen hatte, dass die Politik sich unzureichend informiert und teilweise „verschaukelt“ fühlte.

Die Fachgruppe Musik protestierte in Pressemitteilungen und Briefen an den Stadtrat, die Parteien, veranstaltete eine Protestversammlung mit und nahm in unzähligen Gesprächen Beratungen vor. Der Erfolg blieb gespalten.

Politisch wurde viel bewegt. FDP und PDS reichten Große Anfragen in der Bezirksverordnetenversammlung ein. An den Beratungen beteiligten sich Sprecher aller Parteien und übten deutliche Kritik an den Vorgängen. Der Stadtrat sicherte eine Einzelfallprüfung bei den Kündigungsentscheidungen zu, es wurde eine veränderte Praxis der Schülervermittlung gefordert, mehrere Anträge wurden an den Kulturausschuss verwiesen.

Doch während die Politik sich der Problematik annahm, bröckelte die Front der Lehrer. Auf der einen Seite waren viele Kollegen, die sich nicht trauten, Kritik an den Vorgängen zu äußern und schnell einen neuen Vertrag unterschrieben. Andere Kollegen waren so empört, dass sie eine weitere Arbeit an der Musikschule

ablehnten. Dazwischen blieben nur wenige, die protestiert hatten und weiter an der Musikschule arbeiten wollten.

Diesen bot der Stadtrat den Abschluss eines befristeten Vertrages an. Einerseits ein Erfolg, denn das betraf Kollegen, die die Schulleitung aus der Schule hatte entfernen lassen wollen. Andererseits ein krasser Willkürakt. Denn die Vertragsmuster des Senats se-

Den Bezirk kümmert das nicht

hen keine Befristung von. Die Senatsverwaltung hat denn auch schriftlich bestätigt, dass die Befristung unzulässig ist, wenn nicht bestimmte Gründe vorliegen. Den Bezirk kümmert das nicht. Er tut so, als hätten die betroffenen Lehrer, seit 10, 15 Jahren an der Musikschule beschäftigt, nun eine Probezeit zu absolvieren...

Wie es wirklich weitergeht, hängt jetzt von dem Mut der verbleibenden Lehrer ab. Sie können im Oktober eine Lehrervertretung wählen, sie können die Herabgruppierungen überprüfen lassen, denn die Richtlinien sind vielfach nicht eingehalten worden, sie können das aufgeschlossene Klima in der BVV nutzen, um Probleme lösen zu lassen. Ob sie diesen Mut aufbringen werden? Die Stimmung nach den Demütigungen und Rücksichtslosigkeiten ist eher niedergedrückt. **Andreas Eschen**

EINVERNEHMEN ÜBER LEHRPLAN

Der neue Dienstvertrag enthält folgenden Passus: „Die Vertragspartner stellen über die dem Unterricht zugrunde liegenden Lehrpläne (Lehrpläne des VDM oder andere anerkannte oder eigene) Einvernehmen her.“

Amtlich zugelassene Musikschullehrpläne gibt es in Deutschland nicht. Auch die Lehrpläne des VDM genießen Respekt, jedoch keine Anerkennung in einem verwaltungsrechtlichen Sinne. Das ist auch nicht nötig, weil sie Orientierungsrahmen setzen, Anregungen für Unterrichtsaufbau geben. Sie sind – anders als Lehrpläne an allgemeinbildenden Schulen – nicht darauf angelegt, den Unterricht auf Einhaltung oder Nichteinhaltung des Lehrplans zu überprüfen.

Der Vertragspassus verpflichtet die Vertragspartner demnach zu einem Dialog über Zielsetzungen und Umsetzungsmöglichkeiten der vorhandenen Lehrpläne, mit dem verbindlichen Ziel, ein Einvernehmen über Unterrichtsinhalte herzustellen – ein solcher Dialog hatte an den Berliner Musikschulen vielfach gefehlt.

Die Musikschule Reinickendorf hat dagegen den Bewerbern um einen neuen Dienstvertrag zur Bedingung gemacht, sie müssten für jeden Schüler aufführen, dass sie ihn in den vergangenen Jahren nach einem der Lehrpläne unterrichtet hätten. Sie stellt das „Einvernehmen“ rückwirkend her und erspart sich durch diesen Verwaltungsakt zeitraubende konzeptionelle Arbeit. Ein beschämendes Bild pädagogischer Inkompetenz.

sammenarbeit, das Klima an der Musikschule werden grundsätzlich verändert, wenn – wie in Reinickendorf – an die Stelle einer gerechten Schülervermittlung Günstlingswirtschaft und Bestrafung kritischer Kollegen tritt. In dieser Frage müssen unbedingt Regelungen gefunden werden, die Transparenz schaffen und die Willkür beenden. **AE**

Angst vor dem neuen Dienstvertrag?



Das Entsetzen vor der Rücksichtslosigkeit, mit der in Reinickendorf mit den Musikschullehrern umgegangen wurde, hat natürlich auch Kollegen anderer Musikschulen erfasst. Was haben sie jetzt eventuell zu befürchten? Hierzu gibt es praktisch aus fast allen anderen Bezirken eindeutige und ermutigende Signale. Udo Krzyzynski, Vorsitzender der Lan-

desarbeitsgemeinschaft Musikschulen (derzeitiger Ersatz für die Mitgliedschaft im VDM,) hat sich ebenso eindeutig distanziert wie der Präsident des Landesmusikrats Christian Höppner. Aus vielen einzelnen Musikschulen gibt es Stellungnahmen und Schreiben an die Kollegen, dass ein Vorgehen wie in Reinickendorf dort nicht beabsichtigt ist.

Es ist damit zu rechnen, dass die neuen Dienstverträge auf dem Wege der Änderungskündigung in weiteren Bezirken eingeführt werden. In zwei Bezirken werden Gespräche über Nebenabreden zum

Dienstvertrag geführt. Die grundsätzliche Bereitschaft dazu ist in Tempelhof-Schöneberg anscheinend gegeben, auch bei der Politik. Hier sind aber noch Klärungen erforderlich.

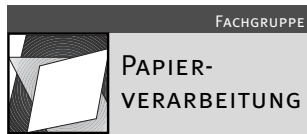
Änderungskündigungen sind als Verfahren zur Vertragsänderung unbedenklich und bringen keinen Kollegen um seine berufliche Existenz. Mehrere Punkte bei den neuen Dienstverträgen sind aber noch in der Diskussion und sollten, wenn möglich, so nicht akzeptiert werden.

Hauptproblem ist die Schülervermittlung. Die Struktur der Zu-

Endlich mehr Geld im Beutel



Nach mehr als fünf Jahren ohne verbindliche Regelung trat im Mai 2002 endlich bundesweit ein neuer Tarif für Beschäftigte im Buchbinderhandwerk in Kraft: Gegenüber dem am 31. März 1997 ausgelaufenen Tarifaabschluss



erhöhen sich die Löhne und Gehälter um 4,7 Prozent. In den Jahren 1999 und 2000 gab es lediglich Empfehlungen für freiwillige Anpassungen um 2,4 bzw. 2,3 Prozent. Der neue Abschluss gilt bis zum März 2003.

Möglich machte die Bewegung im Buchbinderhandwerk der neue Vorstand des Bundes Deutscher Buchbinder-Innungen (BDBI), auf dessen Initiative die Tarifverhandlungen zeit- und kostensparend per Internet geführt wurden. Wilma Krieger, Fachgruppenleiterin Papier,

Pappe und kunststoffverarbeitende Industrie bei ver.di, bewertet den Abschluss zwar als positiv, jedoch angesichts von fünf Jahren ohne Tarifierhöhung als „nicht gerade überragend“.

Die Neuregelung dürfte vor allem Beschäftigte von Betrieben interessieren, in denen die 1999 und 2000 ausgesprochenen Empfehlungen nicht umgesetzt wurden – nur sie haben spürbar mehr Geld im Portemonnaie. Bei denjenigen, die bereits in den Genuss der freiwilligen Leistungen kamen, wird die Tarifierhöhung auf den bestehenden Lohn angerechnet. Genauere Informationen bei Wilma Krieger, Telefon 030/ 69 56 23 42, wilma.krieger@verdi.de.

Ute C. Bauer

RUMPELKAMMER – UND WAS ES SONST NOCH SO GAB

Wenn das Deutsche Fernsehen im Dezember sein 50jähriges Jubiläum feiert, dürfen natürlich die 39 Jahre DDR-Fernsehen nicht ausgeklammert werden. Und als Sprachrohrleser wissen Sie ja: „... es gab nicht nur den Schwarzen Kanal“.

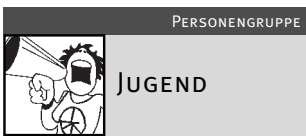
Für die Ausstellung, die unter diesem Titel vom 12. November bis Mitte Januar 2003 in der Medien Galerie gezeigt wird, konnte erfreulicherweise viel Sehenswertes zusammengetragen werden. Bei einigen Fotos denken Besucher, noch bevor sie die erklärenden Texte gelesen haben, sicher sofort: Na, das ist doch der berühmte... in dem spannenden Mehrteiler ... Und wenn dann eine ganz bestimmte Laterne in Verbindung mit einem riesigen Schlüsselbund zu sehen ist, erinnern sich viele an die Filmausschnitte aus Willi Schwabes „Rumpelkammer“.

Anliegen der Ausstellung ist es, nicht nur die Aufmerksamkeit auf Erinnerungen, Wohlbekanntes oder immer noch Vertrautes zu lenken, sondern Zusammenhänge aufzuzeigen, die – zum Erstaunen der Besucher – die Vorreiterrolle des DDR-Fernsehens in nicht wenigen Bereichen dieses Mediums dokumentieren. So, wenn man erfährt, dass die ersten Opern-Fernseh-Inszenierungen durch das DDR-Fernsehen realisiert, mit PAL-Technik aufgezeichnet und dann europaweit gesendet wurden.

Außerdem gibt es ein Wiedersehen mit Prominenten und Bildschirmbekanntem wie Jochen PETERSDORF (22.11.), Heinz-Florian OERTEL (20.12.), Lutz JAHODA und Wolfgang SCHEUER (15.11.) – um nur einige der Gäste bei Veranstaltungen zu nennen. Noch ein Geheimtipp für Oma, Opa, Mutti, Vati und natürlich auch für Pittiplatschs Stammkicker: Der Sandmann wird selbstverständlich dabei sein (13.12., jeweils 18 Uhr). Bleibt nur noch zu sagen: Kommen Sie, sehen Sie, staunen Sie!

Harri Fiebig/Ralf Schuricht

Gewerkschaftsjugend machte in Köln mobil



Köln am 14. September war aus Sicht der ver.di-Jugend erst mal ein grundsätzlicher Erfolg. Wie angekündigt – und durch die bürgerlichen Medien nie ganz so behandelt, als würden es tatsächlich so viele werden – kamen 40.000 Menschen, durchschnittlich 20 bis 22 Jahre alt. Deutlich präsent waren geradezu oppositionell anmutende IG-Me-

tall-Jugendliche, die zu Tausenden zu Zitaten von Mao jubelten oder Transparente trugen wie „Wozu Tierversuche, nehmt Arbeitgeber“. Gute Stimmung, viele JAV- und Betriebsvertretungen, eine recht deutliche Ablehnung der Kandidatur Stoibers, aber auch Kritik an Schröder etc.

Die IG Metall-Jugend Ortsgruppe Südniedersachsen hat eine (nach eigenen Angaben repräsentative) Umfrage unter den angehenden Gewerkschaftern und JAVlern gemacht. Es wurden etwa 500 Teilnehmer gefragt, was ja durchaus dem Verhältnis der

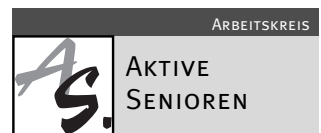
professionellen Institute entspricht. Gefragt war die Bundestagswahl. Ergebnis:

53,5 % SPD, 19,5 % PDS (und das bei 95 % Wessi-Demonstranten), 15 % Grüne, 8 % CDU, 3 % FDP, 1 % Sonstige. Tja, so hätte es kommen können. Besser wäre natürlich was ganz anderes ... Ansonsten, hofft die Gewerkschaftsjugend, wird es für uns in Zukunft möglich sein, ebenfalls in die aktuellen Auseinandersetzungen einzugreifen. Wir jedenfalls finden, man müsse wieder mal urgewerkschaftliche Agitation leisten.

Hannes Heine

ver.di-Senioren bei Ex-Kumpeln

Zu einer Fahrt ins Ruhrgebiet über mehrere September-Tage waren 25 Senioren des ver.di-Berzirks Cottbus aufgebrochen. Sie besichtigten eine Brauerei in Steinfurth im Münsterland, besuchten die Drucker der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ und führten zahlreiche interessante Gespräche mit dem Bürgermeister von Gelsenkirchen und dem Präsidenten vom Fußballclub Schalke 04, Herrn Rehberg. Eindrucksvoll waren die Diskussionen mit ehemaligen Kumpeln im „Trainingsbergwerk“, die heute Besucher durch die Stollen führen und von Bergleuten zu „Bergfüh-



ren“ geworden sind – „jedenfalls ein paar der Älteren, denn die meisten der jungen Bergleute sind für andere Berufe, zumeist im Dienstleistungsbereich, umgeschult worden,“ wie einer der Kumpel erzählte. Bei einer Aussprache mit Betriebsräten der VEBa wurde vereinbart, Gewerkschafter aus dem Ruhrpot nach Cottbus in den „Braunkohlenpott“ einzuladen.

Erika Volkmann

WIEDERSEHEN MACHT FREUDE

Am 8. November gibt es ein von „Ehemaligen“ für „ehemalige“ Adlershofer Fernsehmacher organisiertes Treffen im Foyer des Adlershofer Come In. Einlass ist ab 17 Uhr. Karten zu 17 Euro (inclusive rustikaler Imbiss) gibt es über den Paul-Nipkow-Teleclub e.V. jeweils mittwochs ab 14 Uhr, Rudower Chaussee 3, Gebäude R 2a, Raum 102, 12489 Berlin, Tel./Fax: 030/ 67 04 43 24.

LANDESBEZIRK

ver.di-Landesbezirksfachbereichskonferenz Medien, Kunst und Industrie am **30. November**, 10 Uhr, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 4. Etage, Großer Saal. **Medien Galerie: Aktuelle Ausstellungen siehe Seite 11 und 14**, Medien Galerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U-Bhf. Platz der Luftbrücke, Bus 104, 119).

JOURNALISMUS

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 030/78 80 09 29).

Presseausweis der IOJ: am zweiten Dienstag jeden Monat von 13 bis 15 Uhr in der Köpenicker Str. 55, Zi.524 (Tel: 030/86 31-24 21).

Journalistenstammtisch: jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr. Am 28. Oktober noch im Kartoffelhaus „Der Alte Fritz“ (Karl-Liebknecht Str. 29). Ab 25. November in Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof.

BILDENDE KUNST

Hauptberuflich bildende Künstler/innen mit erstem Wohnsitz in Berlin und geringem Einkommen im Jahr 2002 können sich um Aufnahme in das Werkvertragsprogramm der Künstlerförderung Berlin (vormals Soziale Künstlerförderung) bewerben. Das Förderprogramm betrifft die Vergabe von Werkverträgen in den Bereichen Malerei, Grafik, Skulptur und Fotografie zwischen 1000 Euro und 3000 Euro. Die Bewerbungsunterlagen können schriftlich, telefonisch oder per Fax nur in der Zeit vom 2. bis 17. Januar 2003 angefordert werden. Sie müssen bis zum 31. Januar 2003 eingereicht werden. Künstlerförderung – Neues Kunstquartier Berlin (Wedding) – Frau Kölbl, Gustav-Meyer-Allee 25, Haus 13, Aufgang V, 4. OG, 13355 Berlin, Tel.: 464 38 41, Fax: 464 39 63; (Das Büro ist im o. g. Zeitraum zwischen 9 und 15 Uhr besetzt)

RFAV MEDIEN

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr im Bistro Café am Arsenal, Fuggerstr. 35, 10777 Berlin (Tel. 030/214 14 77).

Stammtisch für Kleindarsteller: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

LITERATUR

Die Neue Gesellschaft für Literatur bietet wieder ihre 10monatige Werkstatt für Junge Autoren an. Bewerben können sich Autorinnen und Autoren bis 35 Jahre mit einem aussagefähigen Manuskript (mind. 25, max. 50 Seiten) in dreifacher Ausfertigung an die NGL, Rosenthaler Str. 6, 10119 Berlin. Einsendeschluss ist der 30. November 2002, Beginn der Werkstatt am **24. Januar 2003**, weitere Infos unter: www.ngl-berlin.de

Reihe „Deutschsprachige Kriminalliteratur“ am **6. November** mit Dorle Gelbhaar und Uli Aechter zum Thema „Die Frau im Krimi – heiter und nachdenklich“, am **4. Dezember** mit Felix Huby zu „Film und Literatur im Krimi-Betrieb“, jeweils 20 Uhr, Literaturforum Brechthaus, Chausseestr. 128, Eintritt 5 Euro, erm. 3 Euro.

VS-Stammtisch: jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmannstr. 28. Das Terzo Mondo liegt zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Redaktion B.A.M.M. (Arbeitslosenfernsehen): Jeden Mittwoch in der Medien Galerie.

Redaktion A.I.D.A.: Jeden Montag jeweils 16 Uhr. Im OKB (Offenen Kanal Berlin -SK8) sind die Sendungen mit Informationen rund um den Berliner Arbeitsmarkt jeden Montag ab 17 Uhr und jeden Sonntag ab 22 Uhr zu sehen.

BÜHNEN

Theaterpädagogisches Fachforum SICHTEN IV am **24., 25. und 26. Oktober 2002** im FEZ Wuhlheide. Sowohl der Theaterbesuch als auch die Anleitung der Kinder zum eigenen Theaterspiel, pädagogische und künstlerisch-ästhetische Aspekte sind Schwerpunkte des diesjährigen Fachforums zum Thema Kinder und Theater. Während am ersten Tag Theaterpädagogen professioneller Kindertheater Einblick in ihre Arbeit geben werden, bietet der zweite Tag thematisch anknüp-

fende Fachvorträge und praxisorientierte Workshops. Am dritten Tag stehen Erfahrungsaustausch, Kooperation und Vernetzung sowie neue Projekte im Vordergrund. Informationen und Anmeldung: Tel. 61 60 95 45 (10 bis 15 Uhr) – Fax: 61 60 95 44.

MUSIK

22. November, 9:00 – 13:00 Uhr: **offene Sitzung des Fachgruppenvorstandes Berlin**, Köpenicker Str. 55

6. Dezember, 9:00 – 12:30 Uhr: **offene Sitzung des Landesbezirksfachgruppenvorstandes**, Köpenicker Str. 55

15. November, ab ca. 19:30 Uhr trifft sich in Berlin der **Bundesfachgruppenvorstand Musik** mit Mitgliedern aus Berlin und Brandenburg. In lockerer Atmosphäre werden Themen der Fachgruppe und Fragen der Mitglieder besprochen. Ort ist ab 1.11. unter www.fg-musik.de oder Tel.: 030/86 31-24 02 zu erfragen.

SENIOREN

Seniorengruppe Funkhaus: Versammlung am **27. November** um 14 Uhr im Sendesaal Funkhaus Nalepastr. Thema: Reisen 2003, Arbeit des deutschen Rundfunkarchivs. **Weihnachtsfeier** am **11. Dezember**, 14 Uhr im Springbornklub, Springbornstr. 13, 12487 Berlin.

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

SEMINARE

Gesellschaft für innovative Bildung mbH (BSD) Berlin: Computerkurse sowohl an Abenden oder auch am Wochenende, Infos: 030/44 37 60, Fax: 030/9 25 38 31, E-Mail: info@bsd-berlin.de

Non Profit Radio: Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin. Informationen zu aktuellen Kursen: 030/68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de.

SONSTIGES

Der ver.di Fachbereich Medien, Kunst, Industrie Frankfurt/Oder ist seit März unter folgender Adres-

VER.DI
IM INTERNET

<http://www.verdi.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Köpenicker Str. 55
10179 Berlin
Tel. 030/86 31-0

se erreichbar: Zehmeplatz 14, 15230 Frankfurt/Oder, Tel: 03 35/ 60 67 70; Fax: 03 35/6 06 77 77.

Der ver.di Bezirk Frankfurt/Oder ist nun unter folgender Adresse zu erreichen: Am Herrensee 38, 15344 Strausberg.

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Container des Gewerkschaftshauses Köpenicker Str. 55.

Das **Berliner Journalistenbüro** bietet **freien Schreibtisch** und nette Kollegen für 140 Euro mtl. Telefon: 030 611 34 11 Email: ehlers@bjb-online.de

Sprachrohr 6/02
erscheint am 21.12.02
Redaktionsschluss
am 25.11.02

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel: 030/86 31-0.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Waisenstraße 1, 10179 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

Das „Reformwerk“ als Luftnummer

Der NV Bühne würde Tarife vereinheitlichen – auf niedrigstem Niveau

Die Nachricht kam überraschend. Der Deutsche Bühnenverein pries in kurzen Pressemeldungen ein „Reformwerk“ an. Ein „einheitliches Tarifwerk“ für alle Theaterbeschäftigten sei geschaffen worden, was die bisherigen Tarifverträge NV Solo, BTT, BTTL und NV Chor/Tanz in sich vereine, modernisiere und in einen „einheitlichen Vertragsrahmen“ fasse. Eine lang gehegte Forderung von Beschäftigten und auch von ver.di, die Tarifvereinbarungen im Bühnenbereich zu entstauben und zu vereinfachen, sollte Wirklichkeit geworden sein? Mitnichten. Denn bei genauerem Hinsehen erwies sich das Reformwerk als ziemliche Luftnummer.

ALLE FLEXIBEL UND IMMER PRÄSENT

Die Gewerkschaften, mit denen der neue „Normalvertrag Bühne“ verhandelt worden ist, zeigten sich als wenig repräsentativ für die ganze Sparte. Lediglich die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) und der Verband der Opernchöre und Bühnentänzer (VdO) hatten mit am Tisch gesessen, als der Vertrag ausgehandelt wurde. Und: Die viel gepriesenen Verbesserungen des neuen Tarifvertrages – die längst überfällige Anhebung der Mindestgage von knapp 1300 auf 1550 Euro und die Einsetzung eines gewählten „Spartensprechers“ als demokratisches Aushängeschild – können nicht über zahlreiche Verschlechterungen für bestimmte Berufsgruppen und das „Wildern“ in fremden Tarifbereichen hinwegtäuschen.

Verschlechterungen brächte der NV Bühne vor allem Beschäftigten, die bisher in das Tarifrecht des Öffentlichen Dienstes, also in die Tarifbereiche BAT/BMTG fallen. Das sind Beleuchtungsmeister, Requisitenmeister, Bühnenmeister, Tontechniker, Requisiteure und Beleuchter sowie evtl. weitere Beschäftigungsgruppen, die durch Öffnungsklausel per Einzelvertrag aus dem bisherigen Tarifbereich ausgenommen werden könnten. Für sie alle würde sofort eine Befristung ihrer bisher unbefristeten Arbeitsverhältnisse eintreten, sie unterlägen dem bisher beim NV Solo bereits üblichen unsäglichen Nichtverlängerungssystem, einschließlich der grundlosen Beendigung durch Intendantenwechsel. Der Kündigungsschutz wäre hinfällig und die Mitbestimmung der Personalräte würde ausgehebelt. Den Beschäftigten ginge ihre zusätzliche Altersvorsorge verloren, die Abschaffung der Theaterbetriebszulage und anderer Erschwerniszulagen kämen hinzu.

Zudem unterlägen auch diese Beschäftigtengruppen dann der Bühnengerichtbarkeit. Die Kürzung ihrer Krankenbezüge um sechs auf maximal 20 Wochen wäre ebenso festgeschrieben wie die 6-Tage-Woche und eine generelle Präsenzpflicht. Die Nachruhezeit könnte ohne Grund von 11 auf 9 Stunden verkürzt werden, der Ersatzruhetag müsste nicht mehr im Zweiwochenzeitraum, sondern im Rahmen der gesamten Spielzeit gewährt werden. Kurz gesagt: Entscheidende Verschlechterungen der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten wären die Folge.

Wie energisch die handelnden Gewerkschaften hier Beschäftigteninteressen im Blick hatten, mag jeder selbst beurteilen. „Natürlich können und werden wir diesen Eingriff in die Mitglieder- und Tarifbereiche nicht hinnehmen“, heißt es bei ver.di. Ideen zu einem vereinheitlichten Tarifvertrag Kunst, der etwa die Beschäftigten aus NV Solo sowie NV Chor und Tanz zusammenfassen könne, sind hier nicht seit gestern in der Diskussion. „Aber: Wenn wir so einen Tarifvertrag entwickeln, dann soll er natürlich ein höheres Niveau haben und zeitgemäßer sein als der antiquierte NV Solo“, gibt Gewerkschaftssekretärin Sabine Schöneburg vom ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg zu bedenken. Neben dem für Orchester- musiker in sogenannten Kulturorchestern geltenden TVK wäre auch ein dritter, gemeinsamer Tarifvertrag für das künstlerisch-technische Personal denkbar, der der Spezifik dieser Tätigkeit Rechnung trägt. In diesem Sinne wurde bei ver.di auch bislang das Projekt einer „Verschlankung“ der Tarifvertragsstrukturen im Bühnenbereich verstanden und wird auch künftig verstärkt da-

men der gesamten Spielzeit gewährt werden. Kurz gesagt: Entscheidende Verschlechterungen der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten wären die Folge.

Wie energisch die handelnden Gewerkschaften hier Beschäftigteninteressen im Blick hatten, mag jeder selbst beurteilen.

WEG MIT DEM LADENHÜTER NV SOLO

drängt die Zeit. Versammlungen an den Häusern in Berlin und Brandenburg und die gezielte Schulung von Betriebs- und Personalräten sind geplant. „Wir müssen aber auch eigene Kraft und Gegenstrategien entwickeln. Dazu brauchen wir unsere bisherigen und noch mehr Mitglieder an der Basis“, ist Sabine Schöneburg überzeugt. Das Problem der Tarifbindung stelle sich künftig in neuer Schärfe.

„NV Bühne“ erteilt. Noch ist dieser „Reformvertrag“ auch nicht unterschrieben, obwohl er zum 1. Januar 2003 in Kraft treten soll. Für ver.di-Mitglieder, die der wirksamen Tarifbindung eines anderen Vertrages unterliegen, bliebe der NV Bühne prinzipiell wirkungslos. Dort allerdings, wo keine oder nur eine nachwirkende Tarifbindung vorliegt, könnte per Einzelvertrag künftig dieser „NV Bühne“ vereinbart werden. Vor dieser Gefahr warnt ver.di energisch. Zunächst durch Information und Aufklärung über die Konsequenzen des „Reformwerkes“ und eines möglichen Überstülpens auf bisher andere Tarifbereiche. Da

GEGENSTRATEGIEN DER BASIS ENTWICKELN

drängt die Zeit. Versammlungen an den Häusern in Berlin und Brandenburg und die gezielte Schulung von Betriebs- und Personalräten sind geplant. „Wir müssen aber auch eigene Kraft und Gegenstrategien entwickeln. Dazu brauchen wir unsere bisherigen und noch mehr Mitglieder an der Basis“, ist Sabine Schöneburg überzeugt. Das Problem der Tarifbindung stelle sich künftig in neuer Schärfe.

neh